



Staatsanzeiger

für Rheinland-Pfalz

Amtliche Bekanntmachungen

MONTAG, DEN 11. AUGUST 2014

STAATSANZEIGER

NR. 29 / SEITE 809

INHALT

Seite		Seite	
	Staatskanzlei		
	Verleihung der Verdienstmedaille des Landes Rheinland-Pfalz 809		
	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord		
	Bekanntgabe gemäß § 3 a Satz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)		
	Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd		
	Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) 809		
	Förmliches Genehmigungsverfahren nach §§ 10 und 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz für die Änderung der bestehenden MEGAL Verdichterstation in Mittelbrunn 810		
	Stellenausschreibungen 810		
	Bekanntmachungen der Gerichte 818		

Staatskanzlei

3935.

Verleihung der Verdienstmedaille des Landes Rheinland-Pfalz

Bekanntmachung der Staatskanzlei
vom 29. Juli 2014

Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat
folgende Persönlichkeiten mit der Verdienst-
medaille des Landes Rheinland-Pfalz ausge-
zeichnet:

Herrn Horst Becker
Spiesheim

Frau Gisela Diebold
Diez

Herrn Klaus Engel
Bingen am Rhein

Herrn Wilhelm Fuhrmann
Niederzissen

Frau Elisabeth Graff
Bad Neuenahr-Ahrweiler

Herrn Raimund Hahn
Daubach

Herrn Hans Marx
Wonsheim

Herrn Professor Dr. Rudolf Mengel
Gau-Algesheim

Herrn Joachim Moll
Sinzig

Frau Christa Reeb
Schifferstadt

Herrn Karl Jürgen Schmidt
Nassau

Herrn Bernhard Schneider
Müschbach

Herrn Werner Schüller
Bad Neuenahr-Ahrweiler

Herrn Johann Jakob Stenz
Mayen

Herrn Werner Peter Streit
Speicher

Frau Ingrid Strohe
Gimbsheim

Herrn Dieter Weber
Kaub

Frau Erna Weber
Idar-Oberstein

Herrn Werner Westinger
Weißenthurm

Mainz, den 29. Juli 2014

Die Chefin der Staatskanzlei
Jacqueline K r a e g e

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord

3936.

Bekanntgabe gemäß § 3 a Satz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) (Betreiber: Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaftsbetrieb, 56130 Bad Ems)

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion
Nord, Stresemannstraße 3 - 5, 56068 Kob-
lenz, gibt als zuständige Genehmigungs-
behörde bekannt:

Der Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaftsbe-
trieb, 56130 Bad Ems, Insel Silberau, bean-
tragt die immissionsschutzrechtliche Geneh-
migung für eine wesentliche Änderung der
der Anlage zur mechanisch-biologischen Re-
stabsfallbehandlung (MBA) auf dem Be-
triebsgelände in Singhofen (Gemarkung
Singhofen, Flur 81/83, Flurstück 6/2, 8,
9/10). Im Rahmen des hierfür unter dem Ak-
tenzeichen 314-23-141-1/2004-2 geführten

Genehmigungsverfahrens wird keine Um-
weltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Die gemäß § 1 Abs. 2 der 9. BImSchV im
Rahmen des Genehmigungsverfahrens er-
folgte Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3 c
UVPG hat ergeben, dass das Vorhaben keine
erheblichen nachteiligen Umweltauswirkun-
gen haben kann.

Koblenz, den 30. Juli 2014

Struktur- und
Genehmigungsdirektion Nord
Im Auftrag
Monika F e h r - K n a b e

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd

3937.

Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

Die Firma Heizkraftwerk GmbH Mainz,
Kraftwerkallee 1, 55120 Mainz, hat nach § 16
Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
einen Antrag auf Erteilung einer immissi-
onsschutzrechtlichen Genehmigung zur Än-
derung ihres Fernheizwerkes in Mainz, Bau-
erngasse 11, 55116 Mainz (Grundstück Flur
Nr. 3 Flurstück 27/19), gestellt.

Die Änderung umfasst die Erweiterung des
vorhandenen Fernheizwerkes um einen wei-
teren Heizkessel auf insgesamt 64,8 MW
Feuerungswärmeleistung. Die Anlage dient
der Absicherung der Fernwärmeversorgung
der Stadt Mainz und soll noch in diesem Jahr
in Betrieb genommen werden. Im Regelfall
wird der Kessel mit Erdgas betrieben. Es
kann auch Heizöl EL als Brennstoff einge-
setzt werden.

Das Vorhaben bedarf nach § 16 BImSchG in
Verbindung mit Nr. 1.1 Verfahrensart G des

Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) der Genehmigung. Zuständige Genehmigungsbehörde ist die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Regionalstelle Gewerbeaufsicht, Kaiserstraße 31, 55116 Mainz.

Der Antrag und die Unterlagen sind vom 18. August 2014 bis 17. September 2014 bei der

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd
Regionalstelle Gewerbeaufsicht
Kaiserstraße 31
55116 Mainz

Landeshauptstadt Wiesbaden
Gustav-Stresemann-Ring 15
Raum A 001
(Raum für öffentliche Auslegungen)
65189 Wiesbaden

während der üblichen Dienstzeiten zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt.

Bis zum 1. Oktober 2014 können nach § 10 Abs. 3 BImSchG Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich oder zur Niederschrift bei den vorgenannten Auslegungsstellen erhoben werden.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Auf Verlangen der Einwender und Einwenderinnen werden deren Namen und Anschriften vor der Bekanntgabe der Einwendungen an den Antragsteller oder die beteiligten Behörden unkenntlich gemacht, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist können die rechtzeitig gegen das Vorhaben erhobenen Einwendungen mit dem Antragsteller und den Personen, die Einwendungen erhoben haben, in einem Termin erörtert werden.

Der Erörterungstermin findet aufgrund einer Ermessensentscheidung nach § 10 Abs. 6 BImSchG am

7. Oktober 2014, um 10.00 Uhr, im Sitzungssaal der SGD Süd, Regionalstelle Gewerbeaufsicht, Kaiserstraße 31 55116 Mainz,
statt.

Der Erörterungstermin ist gemäß § 18 der 9. BImSchV öffentlich. Im Einzelfall kann aus besonderen Gründen die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Mainz, den 25. Juli 2014

Struktur- und
Genehmigungsdirektion Süd
Regionalstelle Gewerbeaufsicht
Klaus-Peter G e r t e n

3938.

**Förmliches Genehmigungsverfahren
nach §§ 10 und 16
Bundes-Immissionsschutzgesetz
für die Änderung der bestehenden
MEGAL Verdichterstation in Mittelbrunn**

Die MEGAL Mittel-Europäische-Gasleitungsgesellschaft mbH & Co. KG, Kallenbergastraße 7, 45141 Essen, hat mit Schreiben vom 26. Mai 2014 bei der Struktur- und Ge-

nehmigungsdirektion Süd die Genehmigung nach § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) beantragt, an der in 66851 Mittelbrunn, Oberheimer Straße, Gemarkung Mittelbrunn, Flurstück 804, 805/1, 805/2, 803/2 (Standort), bestehenden MEGAL Verdichterstation einen Umbau der Maschineneinheiten ME 1 und ME 2 auf Niedrigemissionsverbrennungstechnik vorzunehmen. Die Inbetriebnahme ist im Oktober 2014 vorgesehen.

Der Antrag und die Unterlagen sind vom 18. August 2014 bis 17. September 2014 bei der

- Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Regionalstelle Gewerbeaufsicht, Karl-Helfferich-Straße 2 in 67433 Neustadt an der Weinstraße (Zimmer 605) und bei der
- Verbandsgemeindeverwaltung Landstuhl, Abteilung 3 - Bauen und Umwelt, Kaiserstraße 49 in 66849 Landstuhl (Zimmer 113),

während der üblichen Dienstzeiten zur Einsicht ausgelegt.

Vom 18. August 2014 bis zum 1. Oktober 2014 können Einwendungen gegen das Vorhaben bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Friedrich-Ebert-Straße 14 in 67433 Neustadt an der Weinstraße sowie bei einer der oben genannten Auslegungsstellen schriftlich erhoben werden.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Auf Verlangen des Einwenders werden dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe der Einwendungen an den Antragsteller oder die beteiligten Behörden unkenntlich gemacht, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist kann die Genehmigungsbehörde die rechtzeitig gegen das Vorhaben erhobenen Einwendungen mit dem Antragsteller und denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, erörtern. Aufgrund einer Ermessensentscheidung nach § 10 Abs. 6 BImSchG findet hierfür am Donnerstag, 16. Oktober 2014 ab 10.00 Uhr im Sitzungssaal 503/504 der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Regionalstelle Gewerbeaufsicht, Karl-Helfferich-Straße 2 in 67433 Neustadt an der Weinstraße, ein Erörterungstermin statt. Der Erörterungstermin ist gemäß § 18 der 9. BImSchV öffentlich. Im Einzelfall kann aus besonderen Gründen die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die Entscheidung über den Genehmigungsantrag wird öffentlich bekannt gemacht.

Neustadt an der Weinstraße,
den 28. Juli 2014

- 23-5 / 51.0 / 2014 / 186 / KL -

Struktur- und
Genehmigungsdirektion Süd
- Regionalstelle Gewerbeaufsicht -
Im Auftrag
Dr. Arnold M ü l l e r

Stellenausschreibungen

3939.

Bei der AUFSICHTS- UND
DIENSTLEISTUNGSDIREKTION /
Lohnstelle ausländische Streitkräfte
(LaS) am Standort Kaiserslautern ist
zum nächstmöglichen Zeitpunkt die

Stelle einer Führungskraft im Bereich Entgeltabrechnung / Überbrückungsbeihilfe

zu besetzen.

Es handelt sich um eine Beamtenstelle der Besoldungsgruppe A 10 LBesG.

Die Tätigkeit umfasst
im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Personalverantwortung
- Planung, Überwachung und Koordination von Aufgaben innerhalb des Sachgebiets.
- Beratung und Unterstützung der Sachbearbeiter / innen Entgelt / Überbrückungsbeihilfe in fachlicher Hinsicht.
- Unterstützung des Sachbereichsleiters Entgelt
- Wahrnehmung von besonderen Aufgaben
- Teilnahme an Besprechungen und Informationsveranstaltungen mit externen Stellen.

Zur Wahrnehmung der Aufgaben sind insbesondere erforderlich:

- Bereitschaft sich in die einschlägigen Bestimmungen einzuarbeiten
- Führungskompetenz
- Teamfähigkeit, gute kommunikative Fähigkeiten
- Flexibilität, Organisationsgeschick
- Hohe Einsatzbereitschaft und Belastbarkeit
- Selbstbewusstes Auftreten
- Eine Fahrerlaubnis der Klasse B zum Führen von PKW ist erforderlich

Einschlägige Erfahrung im Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht sind von Vorteil. Geboten wird eine abwechslungsreiche, anspruchsvolle und verantwortungsvolle Tätigkeit mit Aufstiegsmöglichkeiten. Eine Einarbeitung wird gewährleistet.

Wir suchen eine verantwortungsbewusste, team- und durchsetzungsfähige, belastbare sowie engagierte Persönlichkeit mit guter Kommunikationskompetenz. Die Fähigkeit zum selbstständigen, strukturierten Arbeiten sowie fundierte EDV-Kenntnisse, insbesondere im MS-Office-Paket werden vorausgesetzt.

Bewerberinnen / Bewerber sollten die Laufbahnprüfung für den Zugang zum 3. Einstiegsamt im Verwaltungsdienst der Laufbahn Verwaltung und Finanzen (bisher Laufbahnprüfung für den gehobenen nichttechnischen Dienst in der staatlichen allgemeinen und inneren Verwaltung) an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) in Mayen erfolgreich abgelegt oder vergleichbare Laufbahnabschlüsse beim Bund oder bei anderen Bundesländern erworben haben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen / Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Im Rahmen des Gleichstellungsgesetzes und der Frauenförderpläne streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Auf Wunsch wird die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung geprüft.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte **bis 31. August 2014** an die

**Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
Personalreferat
Willy-Brandt-Platz 3
54290 Trier**

Eine Rückgabe der Bewerbungsunterlagen erfolgt nur, sofern der Bewerbung ein Freumschlag beiliegt. Ansonsten werden die Unterlagen nach Abschluss des Auswahlverfahrens datenschutzgerecht vernichtet.

3940.

In der GENERALDIREKTION KULTURELLES ERBE RHEINLAND-PFALZ (GDKE) ist zum 1. Februar 2015 die Stelle

**der Leiterin / des Leiters
der Direktion Landesdenkmalpflege
(Landeskonservator / Landeskonservatorin)**

in Vollzeit unbefristet zu besetzen. Für das Aufgabengebiet steht eine Stelle der Besoldungsgruppe A 16 LBesG bzw. vergleichbarer Eingruppierung nach dem Tarifvertrag der Länder zur Verfügung. Dienstort ist Mainz.

Die Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz (GDKE) ist eine unmittelbar dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur nachgeordnete obere Landesbehörde. Zu ihr zählen neben der Direktion Landesdenkmalpflege die Direktionen Burgen, Schlösser, Altertümer, Landesmuseum Koblenz, Landesmuseum Mainz, Rheinisches Landesmuseum Trier und die Landesarchäologie sowie die Stabsstellen Zentrale Verwaltung und Marketing sowie Bau und Technik.

Mit den Direktionen Landesarchäologie und Landesdenkmalpflege ist sie auch Denkmalfachbehörde des Landes Rheinland-Pfalz. Die Kulturlandschaften des Landes Rheinland-Pfalz als Kernlandschaften europäischer Geschichte weisen eine hohe Dichte von Kulturdenkmälern aus.

Die Direktion Landesdenkmalpflege gliedert sich in die Fachbereiche praktische Denkmalpflege, Inventarisierung, Fachdienste sowie Weiterbildung und Vermittlung. Einen Aufgabenschwerpunkt bildet die denkmalfachliche Beratung von Kommunen und staatlichen bzw. kirchlichen Behörden, Denkmaleigentümern, Architekten, Ingenieuren, Restauratoren und Handwerkern bei der Vorbereitung und Durchführung von Baumaßnahmen.

Neben der Leitungsverantwortung für die Direktion Landesdenkmalpflege mit zurzeit 33 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern liegt Ihr Aufgabenschwerpunkt in der Umsetzung des gesetzlichen Auftrags nach dem rheinland-pfälzischen Denkmalschutzgesetz und der schwerpunktmäßigen Wahrnehmung besonderer denkmalpflegerischer Aufgaben.

Mit Ihrer intensiven Vermittlungsarbeit tragen Sie dazu bei, das Bewusstsein und das Engagement der Öffentlichkeit für den Schutz, den Erhalt und die Pflege der Denkmäler weiter zu fördern und die sinnvolle touristische und wirtschaftliche Nutzung von Kulturdenkmälern mit zu gestalten.

Mit der Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Direktionen und Stabsstellen und dem weiteren Aufbau einer bürgernahen und modernen Verwaltung setzen Sie neue Akzente als Landeskonservatorin bzw. Landeskonservator in der Öffentlichkeit.

Für diese Aufgaben suchen wir eine überdurchschnittlich qualifizierte Persönlichkeit mit abgeschlossenem wissenschaftlichem Hochschulstudium der Fachrichtung Kunstgeschichte oder Architektur mit dem Schwerpunkt Denkmalpflege idealerweise ergänzt durch eine Promotion. Mehrjährige Berufserfahrung in denkmalpflegerischen Aufgabenbereichen, nachgewiesene Erfahrungen in leitender Position mit Personalverantwortung und tiefgehende Kenntnisse der Aufgaben einer Denkmalfachbehörde sowie ein hohes Maß an Leitungs-, Sozial- und Vermittlungskompetenz sind unabdingbar. Hierzu zählen auch Begeisterungs- und Kommunikationsfähigkeit genauso wie Kenntnisse des öffentlichen Haushaltsrechts und von Verwaltungsabläufen. Insbesondere Erfahrungen in der Einwerbung, Verwaltung und Bewilligung von Dritt- und Fördermitteln und der Einführung moderner Technologien sind hier erwünscht.

Bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen ist eine Übernahme in das Beamtenverhältnis möglich.

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung vorrangig berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind **unter Angabe der Kennziffer 11/GDKE/2014 bis zum 8. September 2014** an das

**Ministerium für Bildung,
Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur
- Personalreferat (Ka) -
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz**

zu richten.

Weitere Informationen über die GDKE Rheinland-Pfalz und die Direktion Landesarchäologie finden Sie auf der Internetpräsenz www.gdke.rlp.de.

3941.

In der GENERALDIREKTION KULTURELLES ERBE RHEINLAND-PFALZ (GDKE) ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

**der Leitung des Fachbereichs
Inventarisierung und der stellvertretenden
Leitung der Direktion Landesdenkmalpflege**

in Vollzeit unbefristet zu besetzen. Für das Aufgabengebiet steht eine Stelle der

Besoldungsgruppe A 15 LBesG bzw. der Entgeltgruppe 15 nach dem Tarifvertrag der Länder zur Verfügung. Dienstort ist Mainz.

Die Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz (GDKE) ist eine unmittelbar dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur nachgeordnete obere Landesbehörde. Zu ihr zählen neben der Direktion Landesdenkmalpflege die Direktionen Burgen, Schlösser, Altertümer, Landesmuseum Koblenz, Landesmuseum Mainz, Rheinisches Landesmuseum Trier und die Landesarchäologie sowie die Stabsstellen Zentrale Verwaltung und Marketing sowie Bau und Technik.

Mit den Direktionen Landesarchäologie und Landesdenkmalpflege ist sie auch Denkmalfachbehörde des Landes Rheinland-Pfalz. Die Kulturlandschaften des Landes Rheinland-Pfalz als Kernlandschaften europäischer Geschichte weisen eine hohe Dichte von Kulturdenkmälern aus.

Die Direktion Landesdenkmalpflege gliedert sich in die Fachbereiche praktische Denkmalpflege, Fachdienste, Inventarisierung sowie Weiterbildung und Vermittlung. Einen Aufgabenschwerpunkt bildet die denkmalfachliche Beratung von Kommunen und staatlichen bzw. kirchlichen Behörden, Denkmaleigentümern, Architekten, Ingenieuren, Restauratoren und Handwerkern, bei der Vorbereitung und Durchführung von Baumaßnahmen.

Als Leiterin bzw. Leiter des Fachbereiches Inventarisierung nehmen Sie verantwortlich folgende Aufgaben wahr:

- Fortschreibung der Denkmalliste einschl. der wissenschaftlichen Bewertung von Anträgen
- Betreuung von Publikationen zur systematischen Aufnahme von Kulturdenkmälern und deren wissenschaftlicher Auswertung
- Erstellung von Gutachten zur Denkmaleigenschaft
- Benennungsherstellung mit den Unteren Denkmalschutzbehörden zur Neuaufnahme, Ergänzung, Löschung von Denkmälern in der Denkmalliste
- Dokumentation in dem geodatenbasierten Denkmalinformationssystem
- inhaltliche Fortentwicklung des Denkmalinformationssystems
- Abgabe von Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange im Rahmen von Raumordnungsprozessen

Als Leiterin bzw. Leiter des Fachbereiches leiten Sie die Geschäftsstelle Denkmalliste, die Bibliothek, die topografische Registratur und das Bildarchiv.

Zusätzlich wird Ihnen die Vertretung der Landeskonservatorin bzw. des Landeskonservators übertragen.

Für die Wahrnehmung dieser Aufgaben erwarten wir:

- ein abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium der Fachrichtung Kunstgeschichte oder Architektur mit dem Schwerpunkt Denkmalpflege

idealerweise ergänzt durch ein Referendariat bzw. Volontariat sowie eine Promotion

- eine mehrjährige Berufserfahrung als Gebietsreferentin bzw. Gebietsreferent oder in der Inventarisierung, möglichst nachweisbare Erfahrungen in einer Leitungsfunktion mit Personal- und Budgetverantwortung
- Erfahrung im Umgang mit geobasierten Datenbanksystemen
- Erfahrung in der Einwerbung von Drittmitteln und Steuerung von Projekten einschl. Personal- und Budgetverantwortung
- ausgeprägte Kommunikationskompetenz
- gute Anwenderkenntnisse in den Standardanwendungen Word, Excel und Outlook und digitaler Fotobearbeitung
- Führerschein Klasse B sowie entsprechende Fahrpraxis und Bereitschaft zu häufigen Dienstreisen

Bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen ist eine Übernahme in das Beamtenverhältnis möglich.

Die Stelle ist nicht für eine Teilzeittätigkeit geeignet.

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung vorrangig berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind **unter Angabe der Kennziffer 18/2014 bis zum 8. September 2014**

an die

**Generaldirektion Kulturelles Erbe
Rheinland-Pfalz
Stabsstelle Zentrale Verwaltung und Marketing
Sachgebiet Personal
Festung Ehrenbreitstein
56077 Koblenz**

zu richten.

Weitere Informationen über die GDKE Rheinland-Pfalz und die Direktion Landesarchäologie finden Sie auf der Internetpräsenz www.gdke.rlp.de.

3942.

Im LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSORGUNG DES LANDES RHEINLAND-PFALZ ist in der Abteilung 4 „Soziales / Integrationsamt“, dort im Referat 43 „Kompetenzzentrum Soziales“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle einer / eines

Sachbearbeiterin / Sachbearbeiters im dritten Einstiegsamt (bisher Laufbahn des gehobenen Dienstes)

zu besetzen.

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist eine obere Landesbehörde, die dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie untersteht. Es nimmt für das Land die Aufgaben eines überörtlichen Trägers der Jugend- und Sozialhilfe und übergeordnete Aufgaben im Bereich des Gesundheitswesens sowie

der Qualitätssicherung im sozialen Bereich wahr.

Wir verstehen uns als moderne Dienstleistungsbehörde und fühlen uns mitverantwortlich für das soziale Klima im Land. Wir arbeiten partnerschaftlich mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen, ebenso mit Gruppen, Verbänden und Institutionen. Im Rahmen des Audits „berufundfamilie®“ wurden wir als familienfreundliche und familienbewusste Dienststelle zertifiziert. Unser Qualitätsmanagement erfüllt die Voraussetzungen der Norm ISO 9001:2008 und wurde durch die Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen zertifiziert.

Ein Teilbereich der Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe des Landes Rheinland-Pfalz ist die Bearbeitung von Widerspruchs- und Klageverfahren nach dem 12. Buch des Sozialgesetzbuches.

Im Rahmen der Sachbearbeitung sollen folgende Aufgaben wahrgenommen werden:

- Erfassung von eingehenden Widersprüchen
- Eigenverantwortliche Bearbeitung und Entscheidung von Widersprüchen im Rahmen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege
- Eigenverantwortliche Bearbeitung und Entscheidung von Widersprüchen im Rahmen der Überleitung von Ansprüchen, des Aufwendungsersatzes und des Kostenersatzes
- Vorbereitung und fachliche Begleitung von Klageverfahren gegen Widerspruchsbescheide des LSJV
- Führung der Widerspruchsstatistik

Wir suchen eine leistungsstarke, belastbare und engagierte Persönlichkeit, die die Voraussetzungen für den Zugang zum dritten Einstiegsamt entsprechend der ab 1. Juli 2012 in Rheinland-Pfalz geltenden einheitlichen Beamtenlaufbahn (bisher Laufbahn des gehobenen Dienstes) erfüllt und ein Studium der Verwaltungswirtschaft bzw. Verwaltungsbetriebswirtschaft oder eine vergleichbare Verwaltungsausbildung erfolgreich absolviert hat.

Die Fähigkeit zu eigenverantwortlichem und teamorientiertem Arbeiten sowie hohe Einsatzbereitschaft, Zuverlässigkeit, Loyalität und Flexibilität werden ebenso vorausgesetzt wie gute Kenntnisse der MS Office Produkte. Darüber hinaus sind fundierte Rechtskenntnisse in den Sozialgesetzbüchern (SGB), insbesondere der SGB IX, X und XII, im Landesrecht zum SGB XII sowie Kenntnisse der sozialhilferechtlichen Verfahren bei den rheinland-pfälzischen Sozialhilfeträgern wünschenswert.

Die Stelle ist am Dienort Mainz zu besetzen.

Die Eingruppierung für Beschäftigte richtet sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (Entgeltgruppe 10 TV-L). Bei Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen kann die Stelle auch mit einer Beamtin oder einem Beamten besetzt werden (Bündelungsdienstposten A 9 - A 11).

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist barrierefrei. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bewerbungen Älterer sind erwünscht. Die Stelle kann grundsätzlich auch mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden.

Nähere Informationen über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung finden Sie auf unserer Homepage unter www.lsjv.rlp.de.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen in Kopie und ohne Bewerbungsmappe (eine Rücksendung der Unterlagen erfolgt nicht) richten Sie bitte **unter Angabe des Bearbeitungszeichens MZ-43-3-31/14 bis 15. August 2014** an das:

**Landesamt für Soziales,
Jugend und Versorgung
Referat Personal und Organisation
Rheinallee 97 - 101
55118 Mainz**

3943.

**LANDESBETRIEB
DATEN UND INFORMATION**

Sie sind System- und Datenbankarchitekt (Schwerpunkt Oracle) (m / w), engagiert und suchen eine neue Herausforderung mit Zukunftsperspektive?

Wir, der zentrale IT-Dienstleister des Landes Rheinland-Pfalz, entwickeln und betreiben an den Standorten Mainz und Bad Ems effiziente Lösungen für Landes- sowie Kommunalverwaltungen und garantieren die professionelle Umsetzung der IT-Strategie des Landes Rheinland-Pfalz. Wir sind im Bereich von Hochsicherheits- und Hochverfügbarkeitslösungen primärer Ansprechpartner, beispielsweise für Polizei, Justiz sowie Finanzverwaltung.

Sie verfügen über eine einschlägige Berufserfahrung.

Wir bieten: Ein vielfältiges, anspruchsvolles und verantwortungsvolles Aufgabengebiet - die Mitarbeit in einem aufgeschlossenen, kooperativen Team - persönliche und fachliche Weiterbildung - die Sicherheit des öffentlichen Dienstes. Der LDI unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen.

Wir brauchen Sie zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur qualifizierten Verstärkung unseres Standortes in Mainz als:

System- und Datenbankarchitekt (Schwerpunkt Oracle) (m / w) (Kennziffer AS 2014_15)

im Bereich Betrieb, Team B8 - Systemdienste.

Ihre Aufgaben:

- Projekt- und Teilprojektleitung, Controlling
- Konzeption und Umsetzung von IT-Architekturen im Bereich Oracle

Fragen zum Aufgabengebiet beantwortet Ihnen Frau Steeg (E-Mail: eva-maria.steeg@ldi.rlp.de, Tel: 0 61 31 / 6 05 - 2 96).

Anforderungsprofil:

Wir suchen eine zuverlässige, belastbare, organisations- und kommunikationsstarke Persönlichkeit, die das breite Spektrum der von einem Oracle-System- und Datenbankarchitekten (m / w) wahrzunehmenden verantwortlichen und vielfältigen Aufgaben beherrscht und setzen u.a. Folgendes voraus:

- Abgeschlossene IT-einschlägige wissenschaftliche Hochschulbildung oder in der Praxis bzw. durch Zusatzqualifikationen erworbene vergleichbare Kenntnisse und Fähigkeiten
- Entsprechende praktische und nachweisliche Berufserfahrung sowie tiefgehende Kenntnisse in dem die Stelle betreffenden Bereich sowie auf dem jeweils aktuellen Stand der entsprechenden Technik / Software - u.a. in folgenden Bereichen: Architektur von IT-Systemen, Projektmanagement, Qualitätsmanagement, IT-Sicherheitsmanagement sowie betriebswirtschaftliche Kenntnisse; Betriebssystemsoftware, Vergaberecht, Netzwerke, DBMS (Schwerpunkt Oracle 10 g ff), Softwaretechnologien und Systemautomatisierung
- Bereitschaft und Fähigkeit sich ständig fortzubilden sowie sich selbstständig in neue Themen einzuarbeiten
- Den Anforderungen der Stelle entsprechende Deutschkenntnisse in Wort und Schrift sowie die Bereitschaft, sich einer Sicherheitsüberprüfung nach dem Landessicherheitsüberprüfungsgesetz zu unterziehen
- Die Bereitschaft zur Ableistung von Überstunden, die Teilnahme an einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung sowie die Teilnahme an einer 7x24 Rufbereitschaft remote oder / und vor Ort
- Analytisches, strukturiertes Denkvermögen, ziel- und lösungsorientierte, systematische sowie selbstständige und eigenverantwortliche Arbeitsweise, ebenso Durchsetzungsfähigkeit, Verhandlungsgeschick und Eigeninitiative
- Einsatzfreude, Belastbarkeit, Flexibilität und Engagement
- Team-, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit, Kritik- und Konfliktfähigkeit

Bei Erfüllung der tarifrechtlichen Voraussetzungen ist eine Eingruppierung von Tarifbeschäftigten bis Entgeltgruppe 14 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) möglich. Die Stelle ist gleichermaßen für Frauen und Männer geeignet. Schwerbehinderte werden bei sonst gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Gehen Bewerbungen von Teilzeitkräften ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Bitte reichen Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen unter Angabe

der o.a. Kennziffer vorzugsweise elektronisch im PDF-Format ein an

personalstelle@ldi.rlp.de

ansonsten schriftlich an den

**Landesbetrieb Daten und Information
Team Personal
Römerstraße 41
56130 Bad Ems**

Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt, daher bitten wir um Zusendung von Kopien. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Unterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Wir versenden keine Eingangsbestätigungen.

Die Bewerbungsfrist **endet mit Ablauf des 1. September 2014.**

3944.

Im Bereich der OBERFINANZDIREKTION KOBLENZ (ab 1. September 2014 Landesamt für Steuern) ist der Dienstposten

**der Vorsteherin / des Vorstehers
des Finanzamts Simmern-Zell**

(Besoldungsgruppe A 15) ab 1. November 2014 zu besetzen.

Der Dienstposten wird in der Regel zunächst probeweise übertragen.

Um diesen Dienstposten können sich Beamtinnen und Beamte des Landes Rheinland-Pfalz mit der Zugangsvoraussetzung zum 4. Einstiegsamt der Steuerverwaltung der Besoldungsgruppen A 14 und A 15 des Landesbesoldungsgesetzes bewerben, die als Vorsteherin / Vorsteher eines besonders bedeutenden Finanzamts geeignet sind.

Die Bereitschaft zur leitbildorientierten Führung wird vorausgesetzt. Dies erfordert neben einer dem Selbstverständnis entsprechenden Mitarbeiterführung, wirtschaftliche Denk- und Handlungsweise, Serviceorientierung sowie Innovationsfreude.

Nach den Mobilitätsleitlinien der Steuerverwaltung können Erfahrungen in der Leitung eines besonders bedeutenden Finanzamts bei der Besetzung eines mit der BesGr. A 16 bewerteten Vorsteher-Dienstpostens von Bedeutung sein.

Vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Personalentwicklung wird angestrebt, dass die übernommene Aufgabe grundsätzlich für einen Zeitraum von mindestens drei Jahren wahrgenommen wird.

Bei Versetzungs- / Umsetzungsbewerbungen wird geprüft, ob dem Begehren im Rahmen der dienstlichen Belange entsprochen werden kann.

Die Steuerverwaltung Rheinland-Pfalz ist im Rahmen des Audits berufundfamilie als familienbewusster Arbeitgeber zertifiziert.

Der ausgeschriebene Dienstposten erlaubt grundsätzlich eine Reduzierung der Regelarbeitszeit in geringem Umfang. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft werden, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen

der dienstlichen Möglichkeiten (insbesondere Anforderung des Dienstpostens, gewünschte Gestaltung der Teilzeit) entsprochen werden kann.

Bewerbungen von Frauen sehen wir mit besonderem Interesse entgegen. Sie werden bei gleichwertiger Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Schwerbehinderte Menschen werden bei sonst gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind **innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Anzeige an die

**Oberfinanzdirektion Koblenz
- Besitz- und Verkehrssteuerabteilung -
- Referat Z 11 -
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 17
56073 Koblenz**

zu richten.

3945.

**LANDESKRIMINALAMT
RHEINLAND-PFALZ**

Innerhalb der Abteilung 2 - Einsatzunterstützung - ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt

**die stellvertretende Leitung
des Dezernates 24 (Zeugenschutz)**

zu besetzen:

Aufgabenbeschreibung

- Sachbearbeitung von Zeugenschutzmaßnahmen, dabei u. a.
- Planung und Durchführung von Personen- und Objektschutzmaßnahmen
- Erstellung von Gefährdungsanalysen
- Stabilisierung und Verhaltensberatung gefährdeter Personen
- Verhandlungen und Absprachen mit Behörden, anderen Dienststellen und Unternehmen im Rahmen der Durchführung von Schutzmaßnahmen
- Abwesenheitsvertretung und Unterstützung des Dezernatsleiters, dabei
- Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiter
- Beobachtung der Aufgabenentwicklung im Geschäftsbereich
- Organisation, Koordination und Kontrolle der Arbeitsabläufe bzw. Vorgänge, wie Kontenführung der Mitarbeiter, Einsatzplanung und Personalmanagement
- Erstellung von Lagebildern und Statistiken, Gremienarbeit und Beteiligung an Bund-Länder-Projekt- und Arbeitsgruppen
- Unterstützung des BKA bei nationalen und internationalen Ausbildungs- und Zusammenarbeitsangelegenheiten,
- Koordinierung der Zusammenarbeit mit den Behörden und Einrichtungen in Fragen des Zeugenschutzes

Anforderungsprofil

Bewerben können sich rheinland-pfälzische Beamtinnen und -beamte der Kriminalpolizei ab Besoldungsgruppe A 10

- mit Befähigung für das dritte Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) mit Bachelorabschluss oder vergleichbarem Studium an einer Fachhochschule der Polizei mit mindestens vierjähriger Verwendung im gehobenen Dienst
- nach Möglichkeit mit mehrjähriger kriminalpolizeilicher Verwendung und Erfahrungen mit verdeckten Ermittlungsinstrumenten
- mit der Bereitschaft zum verdeckten Arbeiten, erhöhter Diskretion im beruflichen und privaten Umfeld, niedrigem öffentlichen Profil in sozialen Netzwerken, Ehrenämtern, etc. sowie dem Einverständnis für hohe Restriktionen bei der Ausübung von sonstigen Nebentätigkeiten
- der erforderlichen Motivation, unregelmäßige Dienstzeiten und regelmäßige Bereitschaftsdienste zu akzeptieren

Herausragende Befähigung

- Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft
- Fähigkeit zur sicheren Lageeinschätzung und Schwerpunktsetzung
- umfassende taktische und konzeptionelle Befähigung
- Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Verhandlungsgeschick sowie Führungsbefähigung, insbesondere die Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Über eine mögliche Berücksichtigung teilzeitbeschäftigter Bewerberinnen und Bewerber kann nur unter Beachtung von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit entschieden werden. Diese Daten sind in der Bewerbung insofern anzugeben.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Für Fragen stehen Ihnen Herr Holzschuh, Telefon: (0 61 31) 65 24 90, sowie Herr Reichel, Telefon: (0 61 31) 65 26 91, zur Verfügung.

Entsprechende Bewerbungen bitten wir auf dem Dienstweg **innerhalb einer Frist von drei Wochen nach Veröffentlichung** der Ausschreibung an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Personaldezernat
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

zu richten.

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakte zu erteilen.

3946.

Im GESCHÄFTSBEREICH DES POLIZEIPRÄSIDIUMS RHEINPFALZ, Polizeidirektion Neustadt, ist zum 1. Oktober 2014 folgende Stelle zu besetzen:

Leiterin / Leiter einer Dienstgruppe bei der Polizeiinspektion Grünstadt.

Aufgabenbeschreibung:

Führung der Dienstgruppe, Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter; Steuerung, Koordination und Kontrolle von Einsätzen und der Sachbearbeitung im Rahmen der Dienstgruppe; Führung von Sondereinsätzen und Sofortlagen nach Weisung; Vertretung des Leiters der Polizeiinspektion außerhalb der allgemeinen Dienstzeit; eigenständige Sachbearbeitung in Relation zu der Anzahl der zu führenden Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter.

Anforderungsprofil:

Abschluss des Studiums an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei, mit Führungsausbildung oder Abschluss des Studiums an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei und Teilnahme an der für die Funktion vorgesehenen Führungsbildung (vor oder nach Entscheidung über die Stellenvergabe) Dreijährige Verwendung in der polizeilichen Sachbearbeitung.

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit sowie die Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Bewerbungen sind ab Besoldungsgruppe A 10 möglich.

Das Polizeipräsidium Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir begrüßen deshalb Bewerbungen von allen Menschen, unabhängig von deren Geschlecht, kultureller und sozialer Herkunft, Alter, Religion, Weltanschauung, Behinderung oder sexueller Orientierung. Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Die Besetzung mit Teilzeitkräften ist grundsätzlich möglich.

Bei Interesse richten Sie bitte Ihre Bewerbung **innerhalb einer Frist von drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Ausschreibung an das

**Polizeipräsidium Rheinland-Pfalz
Referat PV 3
Wittelsbachstraße 3
67061 Ludwigshafen**

3947.

Im GESCHÄFTSBEREICH DES POLIZEIPRÄSIDIUMS RHEINPFALZ, Polizeidirektion Ludwigshafen, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt folgende Stelle zu besetzen:

Leiterin / Leiter einer Dienstgruppe bei der Polizeiinspektion Speyer.

Aufgabenbeschreibung:

Führung der Dienstgruppe, Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter; Steuerung, Koordination und Kontrolle von Einsätzen und der Sachbearbeitung im Rahmen der Dienstgruppe; Führung von Sondereinsätzen und Sofortlagen nach Weisung; Vertretung des Leiters der Polizeiinspektion außerhalb der allgemeinen Dienstzeit; eigenständige Sachbearbeitung in Relation zu der Anzahl der zu führenden Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter.

Anforderungsprofil:

Abschluss des Studiums an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei, mit Führungsausbildung oder Abschluss des Studiums an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei und Teilnahme an der für die Funktion vorgesehenen Führungsbildung (vor oder nach Entscheidung über die Stellenvergabe) Dreijährige Verwendung in der polizeilichen Sachbearbeitung.

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit sowie die Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Bewerbungen sind ab Besoldungsgruppe A 10 möglich.

Das Polizeipräsidium Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir begrüßen deshalb Bewerbungen von allen Menschen, unabhängig von deren Geschlecht, kultureller und sozialer Herkunft, Alter, Religion, Weltanschauung, Behinderung oder sexueller Orientierung. Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Die Besetzung mit Teilzeitkräften ist grundsätzlich möglich.

Bei Interesse richten Sie bitte Ihre Bewerbung **innerhalb einer Frist von drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Ausschreibung an das

**Polizeipräsidium Rheinland-Pfalz
Referat PV 3
Wittelsbachstraße 3
67061 Ludwigshafen**

3948.

Im GESCHÄFTSBEREICH DES POLIZEIPRÄSIDIUMS KOBLENZ / Polizeidirektion Koblenz, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die nachgenannte Führungsfunktion neu zu besetzen:

Stellv. Leiterin / Leiter der Polizeiinspektion Koblenz 2.

Um diese Stelle können sich ausschließlich rheinland-pfälzische Beamtinnen / Beamte der Schutzpolizei mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt (geh. Polizeidienst) ab der Besoldungsgruppe 12 bewerben, sofern die nachgeführten

Bewerbungsvoraussetzungen gegeben sind:

Aufgabenbeschreibung:

Führung des Kriminal- und Bezirksdienstes, Führung des Wechselschichtdienstes; Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiter; Organisation, Koordination und Kontrolle der Geschäfts- und Informationsabläufe der Polizeiinspektion; Mitwirkung bei der Abstimmung der Zusammenarbeit zwischen Kriminal- und Bezirksdienst und Wechselschichtdienst; Mitwirkung bei der Planung, Vorbereitung und Führung von herausragenden Lagen auf Inspektionsebene; Vertretung des Leiters der Polizeiinspektion.

Anforderungsprofil:

- Abschluss des Studiums an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung - Fachbereich Polizei - oder Abschluss der Aufstiegsausbildung (Befähigung für das dritte Einstiegsamt)
- Führungsqualifizierung - Teilnahme an der für die Funktion vorgesehenen Führungsqualifizierung (vor oder nach Entscheidung über die Stellenvergabe)
- Mindestens vierjährige Verwendung in einem Amt ab dem dritten Einstiegsamt sowie Verwendungsbreite / Verwendungstiefe und Bewährungszeiten in Führungsfunktionen

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick sowie die Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Die zu besetzende Funktionsstelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten ggfls. entsprochen werden kann.

Im Rahmen des rheinland-pfälzischen Frauenförderprogrammes wird eine Erhöhung des Frauenanteils angestrebt, da Frauen in Führungsfunktionen bisher nicht angemessen repräsentiert sind. Wir haben daher an Bewerbungen von Frauen besonderes Interesse.

Das Polizeipräsidium Koblenz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitsgestaltung im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte **innerhalb einer Frist von drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Ausschreibung an das

Polizeipräsidium Koblenz
Referat PV 3
Moselring 10 - 12
56068 Koblenz

3949.

UNIVERSITÄT KOBLENZ-LANDAU

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt für das Referat: Personal, Organisation, Wahlen am Campus Landau befristet bis zum 31. Dezember 2018 eine / n

Personalsachbearbeiter / in

mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 39 Stunden. Die Position kann auch im Weg der Abordnung besetzt werden.

Aufgabengebiet

Personalsachbearbeitung für alle Tarifbeschäftigten (nichtwissenschaftliche u. wissenschaftliche Beschäftigte einschl. Drittmittelbedienstete)

Fachliche Anforderungen

- Angestelltenprüfung II bzw. Ausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst oder Personalfachkaufleute bzw. vergleichbare Qualifikation mit einschlägiger Berufserfahrung
- sehr gute Kenntnisse der einschlägigen Tarifverträge, insbesondere TV-L, TVÜ-L sowie in der Anwendung personalrechtlich relevanter Gesetze und Vorschriften
- gute Anwenderkenntnis von MS-Office-Produkten
- gute Englischkenntnisse

Persönliche Anforderungen

- hohe Belastbarkeit, absolute Zuverlässigkeit und Diskretion, Durchsetzungsfähigkeit
- Organisationstalent, sicheres Auftreten, Kommunikations- und Teamfähigkeit

Wir bieten

- Vergütung nach Entgeltgruppe 9 TV-L
- die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen
- gutes Arbeitsklima in einem engagierten Team
- kompetente Einarbeitung im laufenden Betrieb

Schwerbehinderte Bewerber / innen werden bei entsprechender Qualifikation und Eignung bevorzugt eingestellt (bitte Nachweis beifügen).

Sind Sie interessiert

... und verfügen über die geforderten Voraussetzungen, dann senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen **bis zum 18. August 2014 unter Angabe der Kennziffer Ld 267/2014** an die

Universität Koblenz-Landau
Referat L 21:
Personal, Organisation, Wahlen
Fortstraße 7
76829 Landau

Rückfragen beantwortet gerne Herr Henning Schwarz telefonisch unter 0 63 41 / 2 80 - 3 25 20 oder per E-Mail unter schwarz@uni-koblenz-landau.de. Bewerbungen per E-Mail senden Sie bitte an

schmitt@uni-koblenz-landau.de.

Bitte fügen Sie E-Mail-Anlagen immer in einer einzigen Datei bei.

Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt, daher bitten wir um Zusendung von Kopien. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens

werden die Bewerbungsunterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Wir versenden keine Eingangsbestätigungen, nur eine Information über das Ergebnis der Stellenbesetzung.
www.uni-koblenz-landau.de/uni/stellen

3950.

An der FACHHOCHSCHULE WORMS University of Applied Sciences, Erenburgerstraße 19, 67549 Worms, ist im Fachbereich Informatik

eine W2-Professur (BBesG) für das Lehrgebiet Wirtschaftsinformatik

zu besetzen. Gesucht wird eine Persönlichkeit mit einem Studium der Wirtschaftsinformatik, des Wirtschaftsingenieurwesens, der Informatik oder vergleichbarer Studiengänge, die über hervorragende Kenntnisse auf mindestens einem der folgenden Gebiete verfügt: Enterprise Resource Planning, Cyber Physical Systems, In-Memory Computing. Erwartet werden ein Schwerpunkt im Bereich der Anwendungsentwicklung, eine einschlägige wissenschaftliche Qualifikation sowie mehrjährige einschlägige Berufserfahrung insbesondere in der Entwicklung, aber auch bei der Einführung oder bei der Betreuung von integrierten Informationssystemen, die durch mehrjährige praktische Tätigkeiten nachzuweisen ist.

Wir erwarten eine intensive Mitarbeit bei der Betreibung der Labore für Wirtschaftsinformatik und bei der Organisation und der Weiterentwicklung des Bachelor- und des Masterstudiengangs Wirtschaftsinformatik in einer fachbereichsübergreifenden Zusammenarbeit sowie die Übernahme von Lehrveranstaltungen in Grundlagenfächern wie beispielsweise Anwendungsentwicklung, ERP-Systeme, Datenbanken und Software Engineering. Erwünscht ist die Fähigkeit, Vorlesungen auch in englischer Sprache zu halten.

Darüber hinaus erwarten wir einen forschungsorientierten Hintergrund und die Bereitschaft zur aktiven Einwerbung von Drittmitteln sowie um Technologie- und Wissenstransfer, zu Weiterbildung und Beteiligung in der Selbstverwaltung des Fachbereichs. Entsprechend dem Betreuungskonzept des Landes Rheinland-Pfalz und der Fachhochschule Worms wird zudem eine hohe Präsenz am Hochschulort erwartet.

Allgemeine Einstellungsvoraussetzungen:

1. Ein erfolgreich abgeschlossenes Studium an einer Universität oder vergleichbaren Hochschule, ausgenommen mit einem Bachelorgrad, oder ein Masterabschluss, für Professorinnen und Professoren an der Fachhochschule auch ein mit einem Diplomgrad erfolgreich abgeschlossenes Studium an einer Fachhochschule.
2. Pädagogische Eignung, die in der Regel durch Erfahrungen in der Lehre, Ausbildung oder

entsprechende Weiterbildung nachgewiesen wird.

3. Besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit, die in der Regel durch eine qualifizierte Promotion nachgewiesen wird.
4. Darüber hinaus besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in einer mindestens fünfjährigen beruflichen Praxis, von der mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs ausgeübt worden sein müssen.

Qualifizierte Wissenschaftlerinnen, welche die Voraussetzungen erfüllen, werden ausdrücklich zur Bewerbung aufgefordert. Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt eingestellt.

Bewerbungen mit tabellarischem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Schriftenverzeichnis einschließlich eines Dissertationsexemplares sowie Nachweise der Berufstätigkeit senden Sie bitte **innerhalb von sechs Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige** an den

**Präsidenten der Fachhochschule Worms
Erenburgerstraße 19
D-67549 Worms**

oder an:

bewerbung@fh-worms.de.

3951.

STADT BAD KREUZNACH

Die Stadt Bad Kreuznach sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine / einen

Leiterin / Leiter

(A 12 LBesG) für unsere Personalabteilung.

Zu den wesentlichen Aufgaben gehört die personelle und fachliche Leitung der Personalabteilung. Die Personalabteilung betreut zurzeit ca. 870 Beamtinnen / Beamte, Beschäftigte und Auszubildende.

Anforderungsprofil:

- Laufbahnbefähigung für das dritte Einstiegsamt in der allgemeinen inneren Verwaltung (Diplom-Verwaltungswirt / -in (FH), Diplom-Verwaltungsbetriebswirt / -in (FH), Bachelor of Arts, Angestelltenprüfung II),
- fundierte Kenntnisse des öffentlichen Dienstrechtes,
- Berufserfahrung in der Personalarbeit,
- Führungskompetenz, Sozialkompetenz,
- Führungserfahrung,
- gute EDV-Anwenderkenntnisse,
- Flexibilität, Engagement, hohe Leistungsbereitschaft und Teamfähigkeit.

Schwerbehinderte Bewerber / -innen werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt.

Bitte richten Sie Ihre vollständigen schriftlichen Bewerbungsunterlagen **unter Angabe der Kennziffer 29-14 bis spätestens 28. August 2014** an die

**Stadtverwaltung Bad Kreuznach
Personalabteilung
Wilhelmstraße 7 - 11
55543 Bad Kreuznach**

Wir bitten um die Zusendung von Kopien, da die Bewerbungsunterlagen

nicht zurückgesandt werden. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Unterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Wir versenden keine Eingangsbestätigungen.

3952.

Stadtverwaltung Kaiserslautern

Die UNIVERSITÄTSTADT KAISERSLAUTERN (ca. 100.000 Einwohnende) sucht für das Referat Finanzen, Steuerabteilung zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine / einen

Leiterin / Leiter der Abteilung Steuern

in Vollzeit. Die Stelle ist in der Besoldungsgruppe A 12 LBesG ausgewiesen. Die Stellenbesetzung kann auch im Beschäftigungsverhältnis in der Entgeltgruppe 11 TVöD (IVa Fgr. 1b BAT) erfolgen.

Tätigkeitsbeschreibung

Das anspruchsvolle und mit hoher Verantwortung verbundene Aufgabengebiet umfasst die Leitung der Abteilung Steuern. Hierzu gehören die Bereiche Grund- und Gewerbesteuer, Vergütungssteuer, Hundesteuer und Ortskirchensteuer.

Daneben wirkt die Abteilungsleitung unmittelbar mit bei der Bearbeitung von Angelegenheiten der Stadt als Steuerschuldner im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art (BgA) und für die kommunale rechtsfähige Stiftung Städtisches Bürgerhospital Kaiserslautern.

Diese als Passivbesteuerung bezeichnete Tätigkeit beinhaltet die Erstellung der Umsatzsteuer-Voranmeldungen und -Jahreserklärungen einschließlich des innergemeinschaftlichen Erwerbs und der Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängenden, die Bearbeitung des Abzugs- und Vergütungsverfahrens, die Erstellung von Gewinn- und Verlustrechnungen für die BgA's sowie die Erstellung von Körperschaftssteuer-, Gewerbesteuer- und Kapitalertragssteuererklärungen etc.

Die Abteilungsleitung ist zudem erste Ansprechstelle für steuerliche Auskünfte und Beratungen, ggf. auch für Prüfungen der städtischen Dienststellen.

Voraussetzungen

Gesucht wird eine engagierte, entscheidungsfreudige, verantwortungsbewusste und verantwortungsbereite Persönlichkeit mit guten Kenntnissen im Steuer-, Abgaben- und Verfahrensrecht, insbesondere der Passivbesteuerung bzw. im Umsatzsteuerrecht.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollten daneben über ein höfliches und sicheres Auftreten verfügen. Eigeninitiative, Verhandlungsgeschick, Durchsetzungsvermögen, Teamfähigkeit sowie gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen werden außerdem erwartet.

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte des dritten Einstiegsamtes in der Fachrichtung „Verwaltung und Finanzen“ oder Interessentinnen und Interessenten, welche ein betriebswirtschaftliches

Hochschulstudium absolviert haben. Eine zusätzliche Qualifikation zum Steuerberater wie auch berufliche Erfahrungen im vorstehend beschriebenen Steuerbereich sind von Vorteil.

Die Stadtverwaltung tritt auch bei Personalentscheidungen für die Chancengleichheit von Frauen und Männern ein.

Bewerbungen von Teilzeitkräften sind ausdrücklich erwünscht, sofern sich durch die Kombination von Stundenanteilen mehrerer Bediensteter ein Vollzeitäquivalent ergibt.

Bewerbungen von Schwerbehinderten werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Interessentinnen und Interessenten, welche die erforderlichen beruflichen Qualifikationen erfüllen, werden gebeten, sich mit aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen (u. a. einem aktuellen Lebenslauf) und **unter Angabe der Ausschreibungskennziffer 098.14.20.006 bis spätestens 22. August 2014** schriftlich bei der

**Stadtverwaltung Kaiserslautern
- Referat Personal -
67653 Kaiserslautern**

zu bewerben.

Für Rückfragen steht Ihnen Frau Woll, Telefon: 06 31 / 3 65 - 24 12, E-Mail: personal@kaiserslautern.de oder für fachliche Fragen, Herr Wenzel, Telefon: 06 31 / 3 65 - 11 01, E-Mail: klaus.wenzel@kaiserslautern.de zur Verfügung.

Aus Kostengründen kann eine Rücksendung Ihrer Bewerbungsunterlagen grundsätzlich nicht erfolgen. Es sollen daher keine Originale sowie Schnellhefter, Sichthüllen etc. eingereicht werden.

3953.

Bei der VERBANDSGEMEINDE HAUENSTEIN ist wegen Ablauf der Amtszeit des derzeitigen Stelleninhabers die Stelle der / des

hauptamtlichen Bürgermeisterin / Bürgermeisters

zum 1. April 2015 neu zu besetzen.

Zur Verbandsgemeinde Hauenstein gehören die acht Ortsgemeinden Darstein, Dimbach, Hauenstein (Sitzgemeinde), Hinterweidenthal, Lug, Schwanheim, Spirkelbach und Wilgartswiesen. Die Verbandsgemeinde Hauenstein hatte zum 30. Juni 2014 insgesamt rund 8800 mit Hauptwohnsitz gemeldete Einwohnerinnen und Einwohner.

Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister wird am Sonntag, 9. November 2014, unmittelbar von den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern der Verbandsgemeinde Hauenstein nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl (Urwahl) für eine Amtszeit von acht Jahren gewählt. Hat bei dieser Wahl keine Bewerberin / kein Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten, so findet am Sonntag, 23. November 2014 eine Stichwahl unter den zwei Bewerberinnen / Bewerbern statt, die bei der ersten Wahl die höchsten Stimmenzahlen erhalten haben.

Wählbar zur Bürgermeisterin / zum Bürgermeister ist, wer

- Deutsche / r im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehörige / r eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland ist,
- am Tag der Wahl (9. November 2014) das 23. Lebensjahr vollendet hat,
- nicht von der Wählbarkeit im Sinne des § 4 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes (KWG) ausgeschlossen ist sowie
- die Gewähr dafür bietet, dass sie / er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.

Nicht gewählt werden kann, wer am Tag der Wahl das 65. Lebensjahr vollendet hat.

Die / Der Gewählte wird in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen. Die Besoldung richtet sich nach der Kommunal-Besoldungsordnung des Landes Rheinland-Pfalz. Danach ist das Amt den Besoldungsgruppen A 15 / A 16 zugeordnet. In der ersten Amtszeit wird das Amt zunächst in die Besoldungsgruppe A 15 eingestuft. Eine Höherstufung in die Besoldungsgruppe A 16 ist frühestens nach Ablauf der ersten zwei Jahre der Amtszeit zulässig. Neben den Dienstbezügen wird eine Dienstaufwandsentschädigung gezahlt.

Unabhängig von einer Bewerbung auf diese Ausschreibung ist zur Teilnahme als Bewerberin / Bewerber an der Wahl die Einreichung eines förmlichen Wahlvorschlages durch eine Partei oder Wählergruppe oder als Einzelbewerberin / Einzelbewerber nach Maßgabe der Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes erforderlich. Es wird darauf hingewiesen, dass Wahlvorschläge spätestens am Montag, 22. September 2014, 18.00 Uhr, beim Wahlleiter oder bei der Verbandsgemeindeverwaltung Hauenstein, Schulstraße 4, Zimmer 31, einzureichen sind (Ausschlussfrist). Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen, die der Wahlleiter spätestens am 69. Tag vor der Wahl in dem im Wochenblatt „Hauensteiner Bote“ veröffentlichen wird.

Mit der Bewerbung kann gleichzeitig das Einverständnis erteilt werden, dass die Verbandsgemeindeverwaltung politische Parteien und / oder Wählergruppen über den Eingang der Bewerbung informiert und / oder ihnen Einsicht in die Bewerbungsunterlagen gewährt; das Einverständnis kann auf eine oder mehrere Parteien und / oder Wählergruppen beschränkt werden. Die Abgabe oder Nichtabgabe einer solchen Erklärung hat auf das ordnungsgemäße Einreichen einer Bewerbung keinen Einfluss.

Gesucht wird eine engagierte zielstrebige und kreative Persönlichkeit, die mit dem Verbandsgemeinderat und seinen Ausschüssen sowie den Ortsgemeinden vertrauensvoll zusammenarbeitet und die Verwaltung als modernes Dienstleistungsunternehmen bürgernah und effizient führt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Führungszeugnis, Lichtbild, Zeugnisse etc.) werden erbeten **bis 7. September 2014** (keine Ausschlussfrist).

Verbandsgemeindeverwaltung Hauenstein
Kennwort: Bürgermeisterwahl
Schulstraße 4
76846 Hauenstein

3954.

Bei der VERBANDSGEMEINDE RHEIN-NAHE, Landkreis Mainz-Bingen, ist die Stelle

einer hauptamtlichen Bürgermeisterin / eines hauptamtlichen Bürgermeisters

zum 1. Juni 2015 infolge Ablaufs der Amtszeit des Amtsinhabers neu zu besetzen.

Der Amtsinhaber stellt sich bei den turnusgemäß alle acht Jahre stattfindenden Wahlen zur Wiederwahl.

Die Verbandsgemeinde Rhein-Nahe hat rund 15.050 Einwohner. Der Verbandsgemeinde gehören 9 Ortsgemeinden, 1 Stadt und 7 Stadt- bzw. Ortsteile an.

Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister wird am Sonntag, 9. November 2014 unmittelbar von den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe direkt gewählt (Urwahl). Die Wahl wird nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl durchgeführt. Die Amtszeit beträgt acht Jahre. Hat bei dieser Wahl keine Bewerberin / kein Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten, findet am Sonntag, 23. November 2014 eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerberinnen / Bewerbern statt, die bei der Wahl die höchste Stimmenzahl erhalten haben.

Wählbar zur Bürgermeisterin / zum Bürgermeister ist, wer

- Deutsche / r im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehörige / r eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland ist,
- am Tag der Wahl das 23. Lebensjahr vollendet hat,
- nicht von der Wählbarkeit im Sinne des § 4 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes ausgeschlossen ist sowie
- die Gewähr dafür bietet, dass sie / er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.

Zur / Zum hauptamtlichen Bürgermeisterin / Bürgermeister kann nicht gewählt werden kann, wer am Tag der Wahl das 65. Lebensjahr vollendet hat (§ 53 Abs. 3 GemO).

Es erfolgt eine Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit. Die Besoldung richtet sich nach der Kommunalbesoldungsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz. Danach ist das Amt der Besoldungsgruppe B 2 / B 3 zugeordnet. Neben der Besoldung wird eine Dienstaufwandsentschädigung gewährt.

Unabhängig von einer Bewerbung auf diese Ausschreibung ist zur Teilnahme

als Bewerberin / Bewerber an der Wahl die Einreichung eines förmlichen Wahlvorschlages durch eine Partei oder Wählergruppe oder als Einzelbewerberin / Einzelbewerber nach Maßgabe der Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes und der Kommunalwahlordnung erforderlich. Es wird darauf hingewiesen, dass Wahlvorschläge spätestens am 22. September 2014, 18.00 Uhr, beim Wahlleiter oder der Verbandsgemeindeverwaltung einzureichen sind (Ausschlussfrist). Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen, die der Wahlleiter spätestens am 69. Tag vor der Wahl im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe öffentlich bekannt macht.

Mit der Bewerbung kann das Einverständnis erteilt werden, dass die Verbandsgemeindeverwaltung politische Parteien und / oder Wählergruppen über den Eingang der Bewerbung informiert und / oder ihnen Einsicht in die Bewerbungsunterlagen gewährt; das Einverständnis kann auf eine oder mehrere Parteien und / oder Wählergruppen beschränkt werden. Die Abgabe oder Nichtabgabe einer solchen Erklärung hat auf das ordnungsgemäße Einreichen einer Bewerbung keinen Einfluss.

Bewerben sollten sich engagierte und verantwortungsbewusste Persönlichkeiten, die mit den Entscheidungsgremien der Ortsgemeinden und der Stadt vertrauensvoll zusammenarbeiten und in der Lage sind, die Verwaltung als moderne Dienstleistungs- und Servicebehörde wirtschaftlich und bürgernah zu führen. Es wird gewünscht, dass die Bürgermeisterin / der Bürgermeister ihren / seinen Wohnsitz in der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe nimmt. Sitz der Verwaltung ist in Bingen-Bingerbrück.

Bewerbungen werden erbeten **bis zum 22. September 2014, 18.00 Uhr**, an die

Verbandsgemeindeverwaltung Rhein-Nahe
Kennwort: Bürgermeisterwahl
Koblenzer Straße 18
55411 Bingen

3955.

Die STADT EPPINGEN sucht für den Geschäftsbereich „Städtebauliche Entwicklung“ in der Abteilung Stadtplanung zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine / n

Stadtplaner / in.

Die Stelle ist unbefristet in Vollzeit zu besetzen.

Die Vergütung erfolgt gemäß den Regelungen des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) in Entgeltgruppe 11.

Bewerbungsfrist: 5. September 2014.

Nähere Informationen zu den ausgeschriebenen Stellen erhalten Sie auf unserer Homepage (www.eppingen.de), „Verwaltung und Politik -> Stadtverwaltung -> Stellenangebote“).

Stadt Eppingen
Abteilung Personal
Marktplatz 5
75031 Eppingen

Bekanntmachungen der Gerichte

3956.

Abteilung für Zivilsachen des Amtsgerichts Mayen: 1. Die öffentliche Bekanntmachung der Kraftloserklärung der dem Antragsgegner am 21. September 2012 erteilten zweiten Ausfertigung der General- und Altersvorsorgevollmacht vom 20. September 2012 (UR-Nr. 2007/2012 S, Notar Dr. Thomas Steffens, Andernach) nach den für die öffentliche Zustellung einer Ladung geltenden Vorschriften der Zivilprozessordnung wird bewilligt. 2. Die Gerichtskosten trägt die Antragstellerin. Außergerichtliche Kosten werden nicht erstattet. Gründe: Mit Schreiben vom 23. Juli 2014 wurde die im Tenor genannte General- und Altersvorsorgevollmacht vom 20. September 2012 für kraftlos erklärt und die öffentliche Bekanntmachung dieser Kraftloserklärung beantragt. Weiter wurde der zugrundeliegende Sachverhalt geschildert und eine beglaubigte Abschrift der UR-Nr. 2007/2012 S beigefügt. Der Antrag bedarf keiner besonderen Begründung. Ein Erlöschen der Vollmacht braucht weder im Antrag dargelegt und glaubhaft gemacht zu werden noch muss es bereits eingetreten sein. Die Kraftloserklärung kann auch die Bedeutung eines Widerrufs der Vollmacht haben. Das Gericht ist zu einer materiellen Prüfung des Antrages nicht befugt. Dem Antrag war stattzugeben.

Mayen, den 29. Juli 2014

- 2 AR 8/14 - Das Amtsgericht

Ausschließungsbeschlüsse / Ausschlussurteile

3957.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief Gruppe 4 Briefnummer 187977 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Altenkirchen Gemarkung Altenkirchen ursprünglich Blatt 1827 in Abt. III Nr. 7 (jetzt Blatt 2003 Abt. III Nr. 10) eingetragene Grundschuld zu 15.000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Altenkirchen, den 25. Juli 2014

- 71 UR II 3/14 - Das Amtsgericht

3958.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 0273519 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Alzey Gemarkung Alzey Blatt 4310 in Abt. III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 14.213,91 EUR und der Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 0273753 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Alzey Gemarkung Alzey Blatt 4310 in Abt. III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 42.437,23 EUR werden für kraftlos erklärt.

Alzey, den 29. Juli 2014

- 97 UR II 7/14 - Das Amtsgericht

3959.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Dürkheim Gemarkung Seebach Blatt 669 in Abt. III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 200.000,- DM mit 14 %

Zinsen jährlich und der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Dürkheim Gemarkung Seebach Blatt 669 in Abt. III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 200.000,- DM mit 14 % Zinsen jährlich werden für kraftlos erklärt.

Bad Dürkheim, den 14. Juli 2014

- 1 UR II 8/14 - Das Amtsgericht

3960.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief Gruppe 4 Briefnummer 051082 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim Gemarkung Kirn Blatt 2784 in Abt. III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 6100,- DM mit 8 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Bad Sobernheim, den 28. Juli 2014

- 6 UR II 2/14 - Das Amtsgericht

3961.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Betzdorf Gemarkung Wissen Blatt 3520 in Abt. III Nr. 5 eingetragene Grundschuld zu 10.000,- DM wird für kraftlos erklärt.

Betzdorf, den 24. Juli 2014

- 41 UR II 6/14 - Das Amtsgericht

3962.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Betzdorf Gemarkung Wissen Blatt 2397 in Abt. III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 66.000,- DM wird für kraftlos erklärt.

Betzdorf, den 24. Juli 2014

- 41 UR II 7/14 - Das Amtsgericht

3963.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Betzdorf Gemarkung Freusburg Blatt 1093 in Abt. III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 51.500,- EUR wird für kraftlos erklärt.

Betzdorf, den 24. Juli 2014

- 41 UR II 8/14 - Das Amtsgericht

3964.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief (Gruppe: unbekannt, Briefnummer 15346334) über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Arenberg Blatt 1479 in Abt. III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 900.000,- DM mit 16 % Zinsen jährlich (eingetragene Berechtigte: Firma Rüdiger Roth GmbH & Co. KG in Koblenz) wird für kraftlos erklärt.

Koblenz, den 29. Juli 2014

- 152 UR II 9/14 - Das Amtsgericht

3965.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief (Gruppe 02, Briefnummer 6079906) über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Koblenz Blatt 9097 in Abt. III Nr. 4 eingetragene Grund-

schuld zu 17.000,- DM nebst 12 % Zinsen jährlich (eingetragene Berechtigte: Sparkasse Koblenz in Koblenz) wird für kraftlos erklärt.

Koblenz, den 29. Juli 2014

- 411 UR II 7/14 - Das Amtsgericht

3966.

Ausschließungsbeschluss: In dem Aufgebotsverfahren des/der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG in Frankfurt am Main, Antragsteller/-in, wird folgende Urkunde für kraftlos erklärt: Grundschuldbrief Gruppe 02 Nr. 3838131 über 70.000,- DM (35.790,43 EUR), ausgestellt über die im Grundbuch von Landau in der Pfalz Blatt 7870 (Eigentümer: Renate Böck geb. Cadarin) in Abt. III unter laufender Nr. 1 eingetragene Grundschuld für die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Filiale Landau in Landau in der Pfalz, lastend auf den Grundstücken: BV-Nr. 3 Gemarkung Landau Fl-Nr. 4297/15; BV-Nr. 4 Gemarkung Landau Fl-Nr. 4297/21. Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsteller, §§ 81 I, 82 FamFG. Gründe: Der Verlust der in der Beschlussformel genannten Urkunde sowie die Tatsachen, die dazu berechtigen, das Aufgebot zu beantragen, wurden glaubhaft gemacht. Der Antrag war zulässig. Das Aufgebot wurde durch Anheften an die Gerichtstafel und durch Veröffentlichung im Staatsanzeiger und in der Rheinpfalz bekannt gemacht. Rechte Dritter auf die Urkunde wurden vor Erlass dieses Beschlusses nicht angemeldet. Der Streitwert wird auf 8948,- EUR festgesetzt. Der Beschluss wird erst mit Rechtskraft wirksam.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diese Entscheidung ist das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig. Sie ist binnen einer Frist von einem Monat bei dem Amtsgericht Landau in der Pfalz einzulegen. Die Frist beginnt mit der schriftlichen Bekanntgabe der Entscheidung. Kann die schriftliche Bekanntgabe an einen Beteiligten nicht bewirkt werden, beginnt die Frist spätestens mit Ablauf von fünf Monaten nach Erlass des Beschlusses. Fällt das Ende der Frist auf einen Sonnabend, Sonntag oder einen allgemeinen Feiertag, so endet die Frist mit dem Ablauf des nächsten Werktages. Die Einlegung der Beschwerde erfolgt durch Einreichung einer Beschwerdeschrift oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle und muss in deutscher Sprache abgefasst sein. Die Beschwerde kann auch zur Niederschrift eines anderen Amtsgerichts erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewährt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei dem Gericht, dessen Entscheidung angefochten wird, eingeht. Die Beschwerde ist von dem Beschwerdeführer oder seinem Bevollmächtigten zu unterzeichnen. Sie muss die Bezeichnung des angefochtenen Beschlusses sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde gegen diesen Beschluss eingelegt wird. Die Beschwerde soll begründet werden.

Landau, den 28. Juli 2014

- 1 UR II 11/14 - Das Amtsgericht

3967.

Ausschließungsbeschluss: In dem Aufgebotsverfahren des/der Sparkasse Südliche Weinstraße in Landau in der Pfalz, Marie-Curie-Straße 5, 76829 Landau, Antragsteller/-in, wird folgende Urkunde für kraftlos erklärt: Grundschuldbrief Gruppe 6 Nr. 169808 über 10.000,- DM, ausgestellt über die im Grundbuch von Nußdorf Blatt 28 (Eigentümer: Stefanie Erika Heß) in Abt. III unter laufender Nr. 3 eingetragene Grundschuld für die Kreis- und Stadtparkasse Landau in der Pfalz, lastend auf dem Grundstück: BV-Nr. 23 Gemarkung Walsheim

Nußdorf Fl-Nr. 3870; BV-Nr. 30 Gemarkung Nußdorf Fl-Nr. 1288; BV-Nr. 32 Gemarkung Walsheim Fl-Nr. 387; BV-Nr. 36 Gemarkung Godramstein Fl-Nr. 5696/1; BV-Nr. 37 Gemarkung Nußdorf Fl-Nr. 6917. Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsteller, §§ 81 I, 82 FamFG.

Gründe: Der Verlust der in der Beschlussformel genannten Urkunde sowie die Tatsachen, die dazu berechtigen, das Aufgebot zu beantragen, wurden glaubhaft gemacht. Der Antrag war zulässig. Das Aufgebot wurde durch Anheften an die Gerichtstafel und durch Veröffentlichung im Staatsanzeiger und in der Rheinpfalz bekannt gemacht. Rechte Dritter auf die Urkunde wurden vor Erlass dieses Beschlusses nicht angemeldet. Der Streitwert wird auf 1278,- EUR festgesetzt. Der Beschluss wird erst mit Rechtskraft wirksam.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diese Entscheidung ist das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig. Sie ist binnen einer Frist von einem Monat bei dem Amtsgericht Landau in der Pfalz einzulegen. Die Frist beginnt mit der schriftlichen Bekanntgabe der Entscheidung. Kann die schriftliche Bekanntgabe an einen Beteiligten nicht bewirkt werden, beginnt die Frist spätestens mit Ablauf von fünf Monaten nach Erlass des Beschlusses. Fällt das Ende der Frist auf einen Sonntag, Sonntag oder einen allgemeinen Feiertag, so endet die Frist mit dem Ablauf des nächsten Werktages. Die Einlegung der Beschwerde erfolgt durch Einreichung einer Beschwerdeschrift oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle und muss in deutscher Sprache abgefasst sein. Die Beschwerde kann auch zur Niederschrift eines anderen Amtsgerichts erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei dem Gericht, dessen Entscheidung angefochten wird, eingeht. Die Beschwerde ist von dem Beschwerdeführer oder seinem Bevollmächtigten zu unterzeichnen. Sie muss die Bezeichnung des angefochtenen Beschlusses sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde gegen diesen Beschluss eingelegt wird. Die Beschwerde soll begründet werden.

Landau, den 28. Juli 2014

- 1 UR II 15/14 - Das Amtsgericht

3968.

Ausschlussbeschluss: Der Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 12051616 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landstuhl Gemarkung Miesenbach Blatt 1376 und 1621 in Abt. III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 80.400,- DM mit 15 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Landstuhl, den 24. Juli 2014

- 2 UR II 1/14 - Das Amtsgericht

3969.

Ausschlussbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Linz am Rhein Gemarkung Linz am Rhein Blatt 4936 in Abt. III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 42.000,- DM nebst 9 vom Hundert Jahreszinsen wird für kraftlos erklärt.

Linz, den 12. Juni 2014

- 5a UR II 21/13 - Das Amtsgericht

3970.

Ausschlussbeschluss: Der Grundschuldbrief über die vormals im Grundbuch des Amtsgerichts Ludwigshafen Gemarkung Altrip Blatt 1638 in Abt. III Nr. 3 eingetragene

Grundschuld zu 200.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Ludwigshafen, den 21. Juli 2014

- 14 UR II 12/14 - Das Amtsgericht

3971.

Ausschlussbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Gonsenheim Blatt 10431 in Abt. III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 50.000,- DM mit 16 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Mainz, den 25. Juli 2014

- 73 UR II 41/13 - Das Amtsgericht

3972.

Ausschlussbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Sinzig Gemarkung Wehr (Eifel) Blatt 2749 in Abt. III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 15.338,76 EUR mit 8 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Sinzig, den 22. Juli 2014

- 5 UR II 4/14 - Das Amtsgericht

Aufgebote

3973.

1. Dieter Selinger, Im Steingeiß 65, 76829 Landau; 2. Rosemarie Jenne-Selinger, Im Steingeiß 65, 76829 Landau; hat/haben das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des angeblich verloren gegangenen Grundschuldbriefes: Gruppe 02 Nr. 5280070 über 20.200,- DM, ausgestellt über die im Grundbuch von Landau in der Pfalz Blatt 7894 (Eigentümer: Dieter Selinger und Rosemarie Selinger-Jenne) in Abt. III unter laufender Nr. 3 eingetragene Grundschuld für die Beamtenheimstättenwerk, gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH in Hameln, lastend auf dem Grundstück: BV-Nr. 1 Gemarkung Landau Fl-Nr. 3069/7 beantragt.

Der/Die Inhaber/in der Urkunde wird aufgefordert, Rechte **spätestens bis zum 24. Oktober 2014** beim Amtsgericht Landau in der Pfalz, Zimmer 222, anzumelden und den Grundschuldbrief vorzulegen, da dieser sonst für kraftlos erklärt wird.

Landau, den 29. Juli 2014

- 1 UR II 22/14 - Das Amtsgericht

3974.

1. Herr Erich Brakowski, Langwiese 11, 55294 Bodenheim, Frau Helene Pfeifer, Herr Waldemar Pfeifer, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Bodenheim Blatt 6801, 6802, 6800, in Abt. III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 23.008,13 EUR mit 18 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Dresdner Bank Aktiengesellschaft in Wiesbaden (Zweigniederlassung der Dresdner Bank).

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 24. Oktober 2014** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird. 2. Der Gegenstandswert wird auf 5752,03 EUR (25 % des Wertes der Grundschuld) festgesetzt.

Mainz, den 22. Juli 2014

- 73 UR II 9/14 - Das Amtsgericht

3975.

1. Frau Inge Miedreich, Rheinstraße 106 a, 55299 Nackenheim, hat den Antrag auf Kraftloserklärung zweier abhanden gekommenen Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Nackenheim Blatt 2180 in Abt. III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 9100,- DM mit 13 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Heimbau AG in Köln. Des Weiteren handelt es sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Nackenheim Blatt 2180 in Abt. III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 23.600,- DM mit 13 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Heimbau AG in Köln.

Der Inhaber der Grundschuldbriefe wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 23. September 2014** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Briefe erfolgen wird. 2. Der Gegenstandswert wird auf 4179,81 EUR (25 % des Wertes der Grundschulden) festgesetzt.

Mainz, den 24. Juni 2014

- 73 UR II 24/14 - Das Amtsgericht

3976.

1. Frau Vilja Tuschner, Drechsler Weg 14 a, 55128 Mainz, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Bretzenheim (Mainz) Blatt 12696 in Abt. III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 13.089,07 EUR mit 8 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Leonberger Bausparkasse Aktiengesellschaft in Leonberg.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 15. Oktober 2014** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird. 2. Der Gegenstandswert wird auf 3272,27 EUR (25 % des Wertes der Grundschuld) festgesetzt.

Mainz, den 29. Juli 2014

- 73 UR II 39/14 - Das Amtsgericht

3977.

Herr Heinz Kreino, Erlengring 35, 56424 Mogendorf, Frau Anneliese Gosch geb. Kreino, Friedhofsallee 27, 55566 Bad Sobernheim, für sich und ihren Vater Herr Heinrich Kreino, St. Martin-Weg 9, 56203 Höhr-Grenzhausen, und Frau Renate Doetsch geb. Kreino, Eichenwäldchen 7, 33106 Paderborn, Frau Anneliese Gosch, Friedhofsallee 27, 55566 Bad Sobernheim, Herr Heinrich Kreino, St. Martin-Weg 9, 56203 Höhr-Grenzhausen, und Frau Renate Doetsch, Eichenwäldchen 7, 33106 Paderborn, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief Gruppe 6 Briefnummer 110883 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Montabaur Gemarkung Höhr Blatt 1587 in Abt. III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 4000,- DM mit 12 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Raiffeisenbank Urmitz eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Urmitz/Rhein. Des Weiteren handelt es sich um den Grundschuldbrief Gruppe 6 Briefnummer 128661 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Montabaur Gemarkung Höhr Blatt 1587 in Abt. III Nr. 6 eingetragene Grundschuld zu 6700,- DM mit 12 % Zinsen

jährlich. Eingetragener Berechtigter: Raiffeisenbank Rheindorfer eGmbH in Kaltenengers.

Der Inhaber der Grundschuldbriefe wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 17. Oktober 2014** vor dem Amtsgericht Montabaur anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Montabaur, den 29. Juli 2014

- 11b UR II 94/14 - Das Amtsgericht

3978.

Eveline Breuer, Venloer Straße 354b, 50825 Köln, vertreten durch die Betreuerin Astrid Anita Rosen, Buchforststraße 1 - 15, 51103 Köln, Antragstellerin, vertreten durch: Notare Dr. Martin Eimer & Peter Orth, Am Stockberg 10, 54576 Hillesheim, hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung eines Grundschuldbriefes bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um folgenden Grundschuldbrief: Grundschuldbrief (Gruppe 02 Nr. 5196281) zu 11.000,- DM nebst 12 % Zinsen jährlich, eingetragen im Grundbuch von Esch (bei Gerolstein) Blatt 707 in Abt. III lfd. Nr. 1. Eingetragene Berechtigte: Westdeutsche Landesbank Girozentrale (Landes-Bausparkasse) Düsseldorf/Münster.

Der Inhaber der obigen Urkunde wird aufgefordert, **spätestens bis Mittwoch, den 26. November 2014** vor dem Amtsgericht Prüm seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sonst die Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes erfolgt.

Prüm, den 25. Juli 2014

- 6 UR II 1/14 - Das Amtsgericht

3979.

Frau Susanne Bender geb. Eßer, geb. 10. 6. 1965, wohnhaft: Fontanestraße 10, 41464 Neuss, und Herr Ralf Peifer, geb. 17. 11. 1961, wohnhaft: Kaarster Straße 90, 41462 Neuss, Antragsteller, vertreten durch: Notar Dr. Stefan Wehrstedt, Königsallee 96, 40212 Düsseldorf, haben das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung eines Grundschuldbriefes bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um folgenden Grundschuldbrief: Grundschuldbrief (Gruppe 02 Nr. 13157418) zu 23.000,- DM nebst 15 % Zinsen jährlich, eingetragen im Grundbuch von Stadtkyll Blatt 1470 in Abt. III lfd. Nr. 2. Eingetragene Berechtigte: BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Bausparkasse für den öffentlichen Dienst in Hameln.

Der Inhaber der obigen Urkunde wird aufgefordert, **spätestens bis Mittwoch, den 26. November 2014** vor dem Amtsgericht Prüm seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sonst die Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes erfolgt.

Prüm, den 25. Juli 2014

- 6 UR II 2/14 - Das Amtsgericht

3980.

Die Volksbank RheinAhrEifel eG, Hauptstraße 119, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Sinzig Gemarkung Sinzig Blatt 4559 in Abt. III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 10.225,84 EUR mit 14 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Firma früher: Volksbank Bad Neuenahr-Ahrweiler eG, jetzt: Volksbank RheinAhrEifel eG, Hauptstraße 119, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Der Inhaber des Grundschuldbriefes wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 14. November 2014** vor dem Amtsgericht Sinzig anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Sinzig, den 31. Juli 2014

- 5 UR II 13/14 -

Das Amtsgericht

3981.

Herr Friedbert Willi Gottlieb Pusch, Stann 16, 56477 Rennerod, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die ehemals im Grundbuch des Amtsge-

richts Westerburg Gemarkung Rennerod Blatt 2087 in Abt. III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 280.000,- DM nebst 18 % Zinsen jährlich. Das Recht ist mittlerweile in das Grundbuchblatt 3567 der Gemarkung Rennerod übertragen worden. Eingetragener Berechtigter: Pfälzische Hypothekenbank AG in Ludwigshafen.

Der Inhaber des Grundschuldbriefes wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 28. November 2014** vor dem Amtsgericht Westerburg anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Westerburg, den 28. Juli 2014

- 26c UR II 13/14 -

Das Amtsgericht

Zwangsversteigerungsverfahren – Terminbestimmungen –

Die nachstehenden unter lfd. Nr. 3982 bis 4036 bezeichneten Grundstücke (Erbbaurechte) sollen zu den dort angegebenen Zeiten versteigert werden. In jeder dieser Zwangsversteigerungssachen erlässt das Gericht folgende Aufforderungen:

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller widerspricht. Andernfalls wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an Kapital, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung mit Angabe des beanspruchten Ranges schriftlich einzureichen oder zu Protokoll der Geschäftsstelle zu erklären.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks, des Erbbaurechtes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, so tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

3982.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Kruft Blatt 4371 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Mittwoch, dem 8. Oktober 2014, 14.00 Uhr**, Gr. Sitzungssaal, 1. OG, Zi. 117 im Gerichtsgebäude Andernach, Koblenzer Straße 6, versteigert werden.

Lfd. Nr. 4 Gemarkung Kruft Flur 27 Flurstück 68/35, Gebäude- und Freifläche, Bundesstraße 26, Größe: 366 qm. Der Verkehrswert des Grundbesitzes wurde gemäß §§ 74 a Abs. 5, 85 a Abs. 2 ZVG festgesetzt auf: 60.000,- EUR. Das Grundstück ist laut Gutachten mit einem Vorder- und einem Hinterhaus bebaut. Bei dem Vorderhaus handelt es sich um ein unterkellertes, zweigeschossiges Wohnhaus mit ausbaubarem Dachgeschoss. Das Baujahr ist nicht bekannt. Das Objekt befindet sich in einem baufälligen, nicht be-

wohnbaren Rohbauzustand. Bei dem Hinterhaus handelt es sich um ein ca. 1950 erbautes, nicht unterkellertes zweigeschossiges Einfamilienhaus. Laut Gutachten fehlen Fertigstellungen im Bad im Erdgeschoss.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Dezember 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Andernach, den 24. Juli 2014

- 9 K 40/12 -

Das Amtsgericht

3983.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Rehborn Blatt 1038 und 1112 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz Grundbuch von Rehborn Blatt 1038 lfd. Nr. 2 Gemarkung Rehborn Flurstück 141/9, Gebäude- und Freifläche, Untergasse 19, Größe: 70 qm; Grundbuch von Rehborn Blatt 1112, betreffend des 1/4-Miteigentumsanteil des Schuldners lfd. Nr. 1 Gemarkung Rehborn Flurstück 141/10, Gebäude- und Freifläche, Untergasse, Größe: 190 qm; **am Montag, dem 17. November 2014, 9.30 Uhr**, Saal A4, Hofgartenstraße 2, EG im Gerichtsgebäude, versteigert werden.

(Einseitig angebautes, teilunterkellertes, zweigeschossiges Einfamilienhaus mit Anbau und ausgebautem Dachgeschoss nebst einem Anteil an einem Hofgrundstück). Der Verkehrswert des Grundbesitzes wurde gemäß §§ 74 a Abs. 5, 85 a Abs. 2 ZVG festgesetzt auf: Rehborn Blatt 1038, Einfamilienhaus: 41.500,- EUR; Rehborn Blatt 1112, Hofanteil: 1400,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 8. März 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

In einem früheren Termin wurde der Zuschlag wegen Nichterreichens der 5/10-Grenze gemäß § 85 a ZVG versagt.

Bad Kreuznach, den 24. Juli 2014

- 3 K 26/10 -

Das Amtsgericht

3984.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Feilbingert Blatt 1679 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz Gemarkung Feilbingert BV Nr. 1 Flurstück 3792, Gebäude- und Freifläche, Oberhauser Straße 12, 340 qm; **am Donners-tag, dem 27. November 2014, 10.30 Uhr**, Saal A4, Hofgartenstraße 2, EG, im Gerichtsgebäude, versteigert werden.

(2-geschossiges Wohngebäude; Erdgeschoss: 3 Zimmer, Wohnküche, Flur-Diele, Bad mit WC, Abstellraum; 1. Obergeschoss: 3 Zimmer, Flur, Dusche mit WC, Abstellraum; Dachgeschoss: Speicher). Der Verkehrswert des Grundbesitzes wurde gemäß §§ 74 a Abs. 5, 85 a Abs. 2 ZVG festgesetzt auf: 80.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 25. Oktober 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

In einem früheren Termin ist der Zuschlag wegen Nichterreichens der 5/10-Grenze gemäß § 85 a Abs. 1 ZVG versagt worden.

Bad Kreuznach, den 28. Juli 2014

- 3 K 169/10 - Das Amtsgericht

3985.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Gemünden Blatt 1848 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz lfd. Nr. 1 Gemarkung Gemünden Flur 30 Flurstück 21/1, Gebäude- und Freifläche, Schlossstraße 14, Größe: 595 qm; **am Mittwoch, dem 4. Dezember 2014, 10.30 Uhr**, Saal A4, Hofgartenstraße 2, EG, im Gerichtsgebäude, versteigert werden.

(Teilunterkellertes Einfamilienhaus - altes Fachwerkhaus - mit ausgebautem Dachgeschoss mit Anbau und Garage). Der Verkehrswert des Grundbesitzes wurde gemäß §§ 74 a Abs. 5, 85 a Abs. 2 ZVG festgesetzt auf: 38.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 6. Dezember 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

In einem früheren Termin wurde der Zuschlag wegen Nichterreichens der 5/10-Grenze gemäß § 85 a Abs. 1 ZVG versagt.

Bad Kreuznach, den 28. Juli 2014

- 3 K 168/11 - Das Amtsgericht

3986.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Tiefenbach Blatt 917 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz lfd. Nr. 2 Gemarkung Tiefenbach Flur 6 Flurstück 180, Gebäude- und Freifläche, Waldstraße 5, Größe: 353 qm; **am Donnerstag, dem 4. Dezember 2014, 9.30 Uhr**, Saal A4, Hofgartenstraße 2, EG im Gerichtsgebäude, versteigert werden.

(Freistehendes, zweigeschossiges Einfamilienwohnhaus mit zweigeschossigem Anbau und integrierter Garage). Der Verkehrswert des Grundbesitzes wurde gemäß §§ 74 a Abs. 5, 85 a Abs. 2 ZVG festgesetzt auf: 105.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 30. Juli 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

In einem früheren Termin wurde der Zuschlag wegen Nichterreichens der 5/10-Grenze gemäß § 85 a Abs. 1 ZVG versagt.

Bad Kreuznach, den 28. Juli 2014

- 3 K 97/12 - Das Amtsgericht

3987.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Roth (bei Stromberg) Blatt 521 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz lfd. Nr. 1 Gemarkung Roth Flur 2 Flurstück 101/11, Gebäude- und Freifläche, Am Warmsrother Weg, Größe: 439 qm; **am Donnerstag, dem 27. November 2014, 9.30 Uhr**, Saal A4, Hofgartenstraße 2, EG im Gerichtsgebäude, versteigert werden.

(Unterkellertes 1 - 2-geschossiges Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung; Warms-

rother Weg 4). Der Verkehrswert des Grundbesitzes wurde gemäß §§ 74 a Abs. 5, 85 a Abs. 2 ZVG festgesetzt auf: 253.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 4. Dezember 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bad Kreuznach, den 28. Juli 2014

- 3 K 187/13 - Das Amtsgericht

3988.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Freusburg Blatt 1129 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Montag, dem 3. November 2014, um 14.15 Uhr**, an der Gerichtsstelle Friedrichstraße 17, Saal Nr. 109, versteigert werden.

Grundstück Freusburg BV.Nr. 11 Flur 3 Nr. 452/2, Hof- und Gebäudefläche, Bogenstraße 15, 184 qm (Einfamilienhaus); BV.Nr. 12 Flur 3 Nr. 452/2, Hoffläche, Bogenstraße 15, 11 qm. Festgesetzter Verkehrswert: 62.500,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk wurde am 16. Juli 2013 in das Grundbuch eingetragen.

Die Grenzen der §§ 74 a, 85 a ZVG sind entfallen.

Betzdorf, den 28. Juli 2014

- 11 K 42/13 - Das Amtsgericht

3989.

In dem Zwangsversteigerungsverfahren betreff den Grundbesitz eingetragen im Grundbuch von Oberheimbach Blatt 1890 eingetragene Grundbesitz lfd.Nr. 6 Oberheimbach Flur 10 Nr. 82, Landwirtschaftsfläche, Im Burgweg, 862 qm; lfd.Nr. 8 Oberheimbach Flur 21 Nr. 263, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße, 122 qm; lfd.Nr. 9 Oberheimbach Flur 21 Nr. 267, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 74, 239 qm; lfd.Nr. 10 Oberheimbach Flur 21 Nr. 268, Erholungsfläche, Hauptstraße, 163 qm; lfd.Nr. 11 Oberheimbach Flur 12 Nr. 356/1, Erholungsfläche, Auf der Nack, 222 qm; **am Dienstag, dem 7. Oktober 2014, 10.00 Uhr**, im Amtsgericht, Mainzer Straße 52, 55411 Bingen am Rhein, Saal 101, versteigert werden.

Festgesetzte Verkehrswerte: lfd.Nr. 6: 431,- EUR (vierhunderteinunddreißig Euro); lfd.Nr. 8: 3000,- EUR (dreitausend Euro); lfd.Nr. 9: 15.000,- EUR (fünfzehntausend Euro); lfd.Nr. 10: 1000,- EUR (eintausend Euro); lfd.Nr. 11: 88,80 EUR (achtundachtzig 80/100 Euro). Laut Verkehrswertgutachten, das bei Gericht eingesehen werden kann, handelt es sich bei dem Grundstück Nr. 6 um eine Waldfläche und bei dem Grundstück Nr. 11 um eine Erholungsfläche. Das Grundstück Nr. 8 ist mit einem Schuppen, das Grundstück Nr. 9 mit einem Wohngebäude bebaut. Das Wohngebäude steht unter Denkmalschutz. Das Grundstück Nr. 10 wird als Garten genutzt.

Das Gutachten kann im Internet ca. 4 Wochen vor Termin unter <http://www.hanmark.de> eingesehen werden.

Bingen am Rhein, den 9. Juli 2014

- 4 K 79/12 - Das Amtsgericht

3990.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Badem Blatt 1830 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Donnerstag, dem 30. Oktober 2014, um 10.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Bitburg, Gerichtsstraße 2/4, Saal 128, versteigert werden.

Lfd. Nr. 1 Gemarkung Badem Flur 39 Flurstück 130, Gebäude- und Freifläche, Kirchstraße, Größe: 102 qm (laut Gutachten: Einfamilienhaus; Reihemittelhaus; nicht unterkellert; Dachgeschoss nicht ausgebaut; Stall rückwärtig angebaut). Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG: 54.700,- EUR.

Weitere Info unter: www.zvrp.de.

Bitburg, den 24. Juli 2014

- 10 K 78/13 - Das Amtsgericht

3991.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Wohnungs-Grundbuch von Echternacherbrück Blatt 1243 eingetragene, nachstehend bezeichnete Wohnungs-Grundstück **am Donnerstag, dem 30. Oktober 2014, 11.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Bitburg, Gerichtsstraße 2/4, Saal 128, versteigert werden.

Miteigentumsanteil von 1/3 an dem Grundstück Gemarkung Echternacherbrück Flur 6 Flurstück 152, Gebäude- und Freifläche, Kelterdell 38, Größe: 1072 qm; verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Kellergeschoss im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 2; verbunden mit dem Sondernutzungsrecht an der Grundstücksfläche die im Lageplan A grün gekennzeichnet ist und der Grundstücksfläche, die im Lageplan C mit den Grenzlinien zwischen den Buchstaben A-B-C-D-E-F-A gekennzeichnet ist. Für jeden Anteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blatt 1242 - 1243). Der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt. Veräußerungsbeschränkung: Zustimmung aller Sondereigentümer. Ausnahme: Veräußerung an Ehegatten, an Verwandte in gerader Linie und 2. Grades der Seitenlinie, durch Zwangsvollstreckung, durch Konkursverwalter, bei Weiterveräußerung durch Grundpfandgläubiger, die das Sondereigentum erworben haben. Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG: 120.000,- EUR.

Weitere Info unter: www.zvrp.de.

Bitburg, den 24. Juli 2014

- 10 K 99/13 - Das Amtsgericht

3992.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Scheitenkorb Blatt 195 eingetragenen, nachstehend bezeichneten Grundstücke **am Donnerstag, dem 23. Oktober 2014, 14.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Bitburg, Gerichtsstraße 2/4, Saal 128, versteigert werden.

Lfd. Nr. 1 Gemarkung Scheitenkorb Flur 1 Flurstück 248/40, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Verkehrsfläche, Scheitenkorb, ober der Rotheck, Größe: 8414 qm; lfd. Nr. 2 Gemarkung Scheitenkorb Flur 1 Flurstück 249/40, Gebäude- und Freifläche, Dorfstraße, Größe: 85 qm (laut Gutachten: Einfamilienhaus mit Stall und Garage; eineinhalbgeschossig, nicht unterkellert, ausgebautem Dachgeschoss, freistehend mit Anbau). Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG: zusammen 49.160,- EUR.

Weitere Info unter www.zvrp.de.

Bitburg, den 21. Juli 2014

- 10 K 119/13 - Das Amtsgericht

3993.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Peterswald Blatt 780 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz Flur 11 Nr. 28, Gebäude- und Freifläche, Bildchenweg 4, 8,90 Ar; Verkehrs-

wert: 45.000,- EUR; **am Donnerstag, dem 23. Oktober 2014, 13.00 Uhr**, Saal 100 im Gerichtsgebäude Ravenéstraße 39, 56812 Cochem, versteigert werden.

Bei dem Bewertungsgrundstück handelt es sich augenscheinlich um eine ehemalige landwirtschaftliche Hofstelle mit Wohnhaus- und Scheunentrakt mit integrierten Stallungen. Das Wohnhaus befindet sich im nördlichen Bereich des Grundstücks. Es ist augenscheinlich zweigeschossig zu Wohnzwecken ausgebaut. Das Baujahr wird auf vor 1950 geschätzt. Entsprechend dem äußeren Anschein wird unterstellt, dass wesentlich werterhebliche Modernisierungsmaßnahmen in der jüngeren Vergangenheit durchgeführt wurden. Das Wohnhaus wurde augenscheinlich massiv mit einem Satteldach aus Holz errichtet. Die Hauseingangstür ist aus Aluminium. Die Fenster sind - soweit von außen erkennbar - in den Wohngeschossen aus Kunststoff. Die Rollläden sind ebenfalls aus Kunststoff. Die Außenfassade ist im Bereich der Giebelseite und der südwestlichen Seite mit Faserzementplatten bekleidet, ansonsten verputzt und gestrichen (mit Unterhaltungsstau). Über die Innenausstattung liegen keine Erkenntnisse vor. Es wird ein einfacher bis mittlerer Ausstattungsstandard unterstellt.

Weitere Informationen und Bilder erhalten Sie ab 4 Wochen vor dem Termin unter www.hanmark.de.

Im Termin am 24. Juli 2014 wurde der Zuschlag nach § 85 a ZVG versagt, da die 5/10-Wertgrenze nicht erreicht wurde.

Der Versteigerungsvermerk ist am 25. Juli 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Cochem, den 24. Juli 2014

- 1 K 27/12 - Das Amtsgericht

3994.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Moselkern Blatt 1440 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Montag, dem 6. Oktober 2014, 10.15 Uhr**, an der Gerichtsstelle Cochem, Ravenéstraße 39, Saal 200, versteigert werden.

Flur 12 Nr. 35, Gebäude- und Freifläche, Weinbergstraße 21, 7,35 Ar, Verkehrswert: 185.000,- EUR. Es handelt sich um ein zweibis dreigeschossiges Einfamilienhaus mit Garage, Baujahr ca. 1998, Wohnfläche rd. 217 qm, Dachgeschoss ausgebaut.

Der Versteigerungsvermerk ist am 11. Oktober 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Weitere Informationen und Bilder unter www.hanmark.de ab 4 Wochen vor dem Termin.

Cochem, den 24. Juli 2014

- 1 K 54/13 - Das Amtsgericht

3995.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Donnerstag, dem 6. November 2014, 10.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle in 54550 Daun, Berliner Straße 3, Saal Nr. 110, versteigert werden.

Grundbuch von Oberbettingen Blatt 792: Best.Verz. lfd. Nr. 2: Gemarkung Oberbettingen Flur 5 Nr. 168, Gebäude- und Freifläche (Wohnbaufläche), Basberger Weg 13, 356 qm; Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG: 38.500,- EUR. Hinweis laut Verkehrswertgutachten: Freistehendes Einfamilienwohnhaus mit Garage.

Der Versteigerungsvermerk ist am 4. Dezember 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Eigentumsverhältnisse: Alleineigentum.

Daun, den 28. Juli 2014

- 2 K 28/2013 - Das Amtsgericht

3996.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Fischbach Blatt 1839 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Montag, dem 8. Dezember 2014, 13.00 Uhr**, im Gerichtsgebäude Mainzer Straße 180, Saal 116, versteigert werden. Für Angaben in () keine Gewähr.

Best.Verz.Nr.: 1 Gemarkung Fischbach Flur 12 Flurstück 92, Unland, Am Schindberg 6, 620 m² (Unland, Bauplatz), Verkehrswert: 15.500,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. November 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Idar-Oberstein, den 24. Juli 2014

- 11 K 96/13 - Das Amtsgericht

3997.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Rehweiler Blatt 581 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Mittwoch, dem 15. Oktober 2014, 9.30 Uhr**, an der Gerichtsstelle, 66869 Kusel, Trierer Straße 71, Sitzungssaal II, versteigert werden.

Lfd.Nr. 4 Gemarkung Rehweiler Fl.St.Nr. 1549/1, Gebäude- und Freifläche, Wingertsberg 4 A, Größe: 380 qm. Zusatz: Lt. Gutachten: Bebaut mit Einfamilienhaus, ausschließlich zu Wohnzwecken genutzt; zweigeschossig; nicht unterkellert; nicht ausbaufähiges Dachgeschoss; freistehend. Baujahr: vermutlich 1873. Modernisierungen: 1997 (Kernsanierung). Verkehrswert: 91.000,- EUR - ohne Gewähr.

Der Versteigerungsvermerk ist am 23. November 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Der Zuschlag wurde bereits einmal nach § 85 a ZVG versagt. Daher kann der Zuschlag nunmehr auch auf Gebote erfolgen, welche weniger als die Hälfte des Verkehrswertes des Grundstückes betragen.

Bietinteressenten haben auf Verlangen der Gläubiger Sicherheit in Höhe von mindestens 10 Prozent des Verkehrswertes im Versteigerungstermin zu leisten. Die Sicherheit kann im Versteigerungstermin nicht bar bezahlt werden.

Weitere Informationen zu dem Versteigerungstermin unter www.versteigerungs-pool.de.

Kusel, den 28. Juli 2014

- 1 K 113/11 - Das Amtsgericht

3998.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Kusel Blatt 250 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Mittwoch, dem 8. Dezember 2014, 10.30 Uhr**, im Amtsgerichtsgebäude Trierer Straße 71, 66869 Kusel, Sitzungssaal II, versteigert werden.

Lfd.Nr. 1 Gemarkung Kusel Fl.St.Nr. 362, Gebäude- und Freifläche, Bahnhofstraße 34, Größe: 335 qm. Zusatz: Laut Gutachten: 2-seitig angebautes, 1- bis 2-geschossiges, nicht unterkellertes Wohn- und Geschäftshaus mit nicht ausgebautem DG, Baujahr 1900, fiktiv 1977, isolierverglaste Kunststofffenster, Elektro- (EG) und Gasheizung (OG),

2003, 2009 und 2013 teilweise renoviert; Verkehrswert: 257.000,- EUR - ohne Gewähr.

Der Versteigerungsvermerk ist am 9. Oktober 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bietinteressenten haben auf Verlangen der Gläubiger Sicherheit in Höhe von mindestens 10 Prozent des Verkehrswertes im Versteigerungstermin zu leisten. Die Sicherheit kann im Versteigerungstermin nicht bar bezahlt werden.

Weitere Informationen zu dem Versteigerungstermin unter www.versteigerungs-pool.de.

Kusel, den 30. Juli 2014

- 1 K 74/13 - Das Amtsgericht

3999.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Dietschweiler Blatt 383 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Freitag, dem 10. Oktober 2014, 9.30 Uhr**, an der Gerichtsstelle, 66869 Kusel, Trierer Straße 71, Sitzungssaal II, versteigert werden.

Lfd.Nr. 1 Gemarkung Dietschweiler Fl.St. Nr. 774, Gebäude- und Freifläche, Im Eck 1a, Größe: 160 qm; lfd.Nr. 2 Gemarkung Dietschweiler Fl.St.Nr. 775/1, Gebäude- und Freifläche, Im Eck 1a, Größe: 190 qm. Zusatz zu lfd. Nr. 1: Grundstück bebaut mit 3 Reihengaragen, eingeschossig, Pultdach, Wellasbestplatteneindeckung, Erschließung an Straße über Nachbargrundstück (Flst.Nr. 775), Brandschaden an mittlerer Garage; Verkehrswert: 4400,- EUR; Zusatz zu lfd. Nr. 2: Grundstück bebaut mit Mehrfamilienhaus, Baujahr ca. 1973, einseitig angebaut, zweigeschossig, ausgebauten Dachgeschoss, voll unterkellert, 3 Wohneinheiten: Wohnung EG: 4 Zimmer, Küche, Bad, Balkon, ca. 101 qm; Wohnung OG: 4 Zimmer, Küche, Bad, Balkon, ca. 101 qm; Wohnung DG: 3 Zimmer, Küche, Bad, ca. 62 qm; Verkehrswert: 134.000,- EUR - ohne Gewähr.

Der Versteigerungsvermerk ist am 12. Februar 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bietinteressenten haben auf Verlangen der Gläubiger Sicherheit in Höhe von mindestens 10 Prozent des Verkehrswertes im Versteigerungstermin zu leisten. Die Sicherheit kann im Versteigerungstermin nicht bar bezahlt werden.

Weitere Informationen zu dem Versteigerungstermin unter www.versteigerungs-pool.de.

Kusel, den 29. Juli 2014

- 1 K 8/14 - Das Amtsgericht

4000.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Bad Ems Blatt 4434 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz lfd. Nr. 2 Gemarkung Bad Ems Flur 104, Flurstück 40, Friedrichstraße 5, Größe: 103 qm; **am Dienstag, dem 28. Oktober 2014, 14.00 Uhr**, Sitzungssaal, Zimmer 114, I. OG im Gerichtsgebäude Bahnhofstraße 25, 56112 Lahnstein, versteigert werden.

Es handelt sich um ein älteres dreigeschossiges Einfamilienhaus mit Garage. Der Verkehrswert des Grundbesitzes wurde gemäß §§ 74 a Abs. 5, 85 a Abs. 2 ZVG festgesetzt auf: 115.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. April 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Lahnstein, den 25. Juli 2014

- 6 K 12/13 - Das Amtsgericht

4001.

Der nachstehend bezeichnete Grundbesitz soll durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Grundbuch von Bornheim (Pfalz) Blatt 606 lfd. Nr. 8 Gemarkung Bornheim (Pfalz) Flurstück 190/1, Verkehrsfläche, Mörlheimer Straße, Größe 11 qm; Gemarkung Bornheim (Pfalz) Flurstück 190/2, Gebäude- und Freifläche, Mörlheimer Straße 9, Größe 359 qm; Gemarkung Bornheim (Pfalz) Flurstück 191/5, Gebäude- und Freifläche, Mörlheimer Straße 9, Größe 67 qm; laut Gutachten bebaut mit einem Einfamilienhaus, einer Garage, einer Scheune und einem Schuppen, das Einfamilienhaus, ausschließlich zu Wohnzwecken genutzt; eingeschossig; nicht unterkellert; ausgebautes Dachgeschoss, freistehend. Nutzungseinheiten, Raumaufteilung laut Gutachten: Erdgeschoss: Diele/Flur, Wohnzimmer, Küche, Speisekammer, Badezimmer, Abstellraum, Heizungsraum; Dachgeschoss: Diele/Flur, mehrere Schlafzimmer, Badezimmer. Objektadresse laut Gutachten: Mörlheimer Straße 9, 76879 Bornheim. Wert: 112.000,- EUR. Festgesetzter Verkehrswert (§ 74 a Abs. 5 ZVG): siehe vorgenannt.

Tag der Eintragung des Zwangsversteigerungsvermerks: 16. Dezember 2013.

Versteigerungstermin: **Mittwoch, den 15. Oktober 2014, 14.00 Uhr**, Sitzungssaal 221 (EG) im Gerichtsgebäude Landau in der Pfalz, Marienring 13.

Landau, den 28. Juli 2014

- 1 K 143/13 - Das Amtsgericht

4002.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbesitz von Buchholz Blatt 388 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Mittwoch, dem 24. September 2014, 10.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle in Linz, Am Konvikt 10, Sitzungssaal III (Dachgeschoss), versteigert werden.

Lfd.Nr. 3: Flur 1 Nr. 122, Waldfläche, an der Wahler Bach, 444 qm; lfd. Nr. 6: Flur 1 Nr. 121, Gebäude- und Freifläche, Erholungsfläche, Verkehrsfläche, Asbacher Straße 1, 2417 qm; lfd. Nr. 7: Flur 1 Nr. 120/2, Gebäude- und Freifläche, Asbacher Straße 1, 754 qm. Lage: 53567 Buchholz, Asbacher Straße 1. Gemäß Gutachten handelt es sich um einen Gebäudekomplex (Gaststätte, Saal, Wohnung, Kellerbar, Nebengebäude). Festgesetzter Verkehrswert (§ 74 a ZVG): BV-Nr. 3 Flur 1 Nr. 122: 2300,- EUR; BV-Nr. 6 Flur 1 Nr. 121: 78.700,- EUR; BV-Nr. 7 Flur 1 Nr. 120/2: 210.000,- EUR; insgesamt: 291.000,- EUR.

Der Zwangsversteigerungsvermerk wurde a) bzgl. BV-Nr. 6 am 3. August 2012; b) bzgl. BV-Nr. 3, 7 am 22. Juli 2013 in das Grundbuch eingetragen.

Nähere Informationen zum Objekt sind ab der 4. Woche vor dem Termin im Internet abgelegt unter www.hanmark.de.

Linz, den 31. Juli 2014

- 6 K 23/12 - Das Amtsgericht

4003.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Mutterstadt Blatt 253 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Donnerstag, dem 25. September 2014, 11.00 Uhr**, im Amtsgerichtsgebäude Wittelsbachstraße 10, Zimmer Nr. XIII, versteigert werden.

Gemarkung Mutterstadt 1/2-Miteigentumsanteil an dem Grundstück BV-Nr. 2: Fl.St.Nr. 1132, Wohnhaus, Speyerer Straße 122, zu 510 qm (lt. Gutachten: zwei Wohnhäuser und Nebengebäude, hälftiger Miteigentumsanteil hieran - ohne Gewähr -).

Der Versteigerungsvermerk ist am 6. Juli 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a ZVG auf 85.000,- EUR für den hälftigen Miteigentumsanteil festgesetzt.

Ludwigshafen, den 30. Juli 2014

- 3 K 86/11 - Das Amtsgericht

4004.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Friesenheim (Stadt Ludwigshafen am Rhein) Blatt 2251 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Freitag, dem 10. Oktober 2014, 10.00 Uhr**, im Amtsgerichtsgebäude Wittelsbachstraße 10, Zimmer Nr. VII, versteigert werden.

Gemarkung Friesenheim BV-Nr. 1 Fl.St.Nr. 192 1/2, Wohnhaus Nr. 13, in der vorderen Burgstraße, mit Stall und Hof, zu 70 qm (lt. Gutachten bebaut mit einem kleinen Einfamilienwohnhaus, 2-Zimmer-Küche-Bad-Wohnung im EG und ausgebautem DG mit ca. 67 m² Wfl., Balkon sowie 3 Räumen im KG mit ca. 36 m² Nutzfläche - ohne Gewähr).

Der Versteigerungsvermerk ist am 11. April 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a ZVG auf 80.000,- EUR festgesetzt.

Ludwigshafen, den 30. Juli 2014

- 3 K 40/12 - Das Amtsgericht

4005.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Rheingönheim Blatt 1860 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Donnerstag, dem 25. September 2014, 10.00 Uhr**, im Amtsgerichtsgebäude Wittelsbachstraße 10, Zimmer Nr. XIII, versteigert werden.

Gemarkung Rheingönheim (Ludwigshafen am Rhein) BV-Nr. 3: Fl.St.Nr. 623/2, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 294, 296, zu 260 qm (lt. Gutachten: Wohnhaus mit Gaststätte, Pizzeria im EG zu 128 qm Nutzfläche mit 100 qm Keller, zwei Wohneinheiten im OG/DG zu 136 qm Wohnfläche und im DG zu 74 qm Wohnfläche - ohne Gewähr).

Der Versteigerungsvermerk ist am 12. September 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a ZVG auf 360.000,- EUR (Gaststätteninventar ausgenommen) festgesetzt.

Ludwigshafen, den 29. Juli 2014

- 3 K 84/13 - Das Amtsgericht

4006.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Hahnheim Blatt 1113 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Mittwoch, dem 10. Dezember 2014, 14.30 Uhr**, an der Gerichtsstelle Ernst-Ludwig-Straße 7, Erdgeschoss, Saal 77 (Eingang nur über Diether-von-Isenburg-Straße), versteigert werden.

5 Hahnheim Flur 1 Flurstück 184, Gebäude- und Freifläche, Zanggasse 3, 22 qm; 6 Hahnheim Flur 1 Flurstück 185, Gebäude- und Freifläche, Zanggasse 3, 75 qm. Die Verkehrswerte gemäß § 74 a ZVG sind wie folgt festgesetzt worden: Nr. 5: 20.000,- EUR; Nr. 6: 68.000,- EUR; 88.000,- EUR. Laut Sachverständigengutachten handelt es sich um ein unterkellertes, zweiseitig angebautes Wohnhaus.

Der Versteigerungsvermerk ist am 24. Januar 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mainz, den 28. Juli 2014

- 260 K 2/12 - Das Amtsgericht

4007.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Bretzenheim Blatt 8465 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Montag, dem 15. Dezember 2014, 14.30 Uhr**, an der Gerichtsstelle Ernst-Ludwig-Straße 7, Erdgeschoss, Saal 77 (Eingang nur über Diether-von-Isenburg-Straße), versteigert werden.

16 Bretzenheim Flur 9 Flurstück 1091/7, Gebäude- und Freifläche, Färberweg, 327 qm. Der Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist festgesetzt worden auf 25.000,- EUR. Laut Sachverständigengutachten handelt es sich um ein unbebautes Grundstück, Garten und Freifläche.

Der Versteigerungsvermerk ist am 5. Juli 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mainz, den 28. Juli 2014

- 260 K 70/12 - Das Amtsgericht

4008.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der Grundbesitz der Gemarkung Selters eingetragen im Grundbuch von Selters Blatt 1981: Miteigentumsanteil von 5767/60240 an lfd.Nr. 1 Flur 40 Flurst. 132/3, Gebäude- und Freifläche, Bruchweg 17, Größe: 840 qm; verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, im Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichnet (laut Gutachten handelt es sich um die nordwestliche Kellerwohnung); **am Donnerstag, dem 27. November 2014, um 9.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Montabaur, Bahnhofstraße 47, Saal 106, 1. Stock, versteigert werden.

Verkehrswert: 30.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 6. Mai 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Weitere Informationen (Gutachten, Fotos etc.) kostenfrei unter www.argetra.de.

Für die Teilnahme an der gerichtlichen Sitzung wird angemessene Kleidung vorausgesetzt.

Montabaur, den 17. Juli 2014

- 14 K 35/14 - Das Amtsgericht

4009.

Der nachstehend bezeichnete Grundbesitz soll zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Grundbuch von Weroth (Altenkirchen) Blatt 533 BV-Nr. 12 Flur 17 Nr. 47, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Bergstraße, 1746 qm; BV-Nr. 13 Flur 17 Nr. 49, Gebäude- und Freifläche, Bergstraße, 719 qm; BV-Nr. 14 Flur 17 Nr. 60, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Wasserfläche, Hauptstraße, 2628 qm. Laut Gutachten: Wohnhaus mit Doppelgarage, Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung, Einfamilienhaus mit landwirtschaftlichem Nebengebäude. Festgesetzter Verkehrswert (§ 74 a Abs. 5 ZVG): BV-Nr. 12 auf 97.000,- EUR; BV-Nr. 13 auf 105.000,- EUR; BV-Nr. 14 auf 91.000,- EUR.

Der Zwangsversteigerungsvermerk wurde am 30. Oktober 2013 im Grundbuch eingetragen.

Versteigerungstermin: **Donnerstag, den 9. Oktober 2014, 11.00 Uhr**, in Neuwied, Amtsgerichtsgebäude, Hermannstraße 39, Saal 125.

Weitere Informationen sind im Internet unter www.versteigerungspool.de zu finden.

Neuwied, den 1. August 2014

- 13 K 76/13 - Das Amtsgericht

4010.

Der nachstehend bezeichnete Grundbesitz soll durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Grundbuch von Waldbreitbach Blatt 2515 BV-Nr. 1 Flur 8 Nr. 291/7, Gebäude- und Freifläche, An der Kirchtrappe 2, 135 qm. Laut Gutachten: Grün- und Erholungsfläche ohne Bebauung. Festgesetzter Verkehrswert (§ 74 a Abs. 5 ZVG): 3780,- EUR.

Der Zwangsversteigerungsvermerk wurde am 7. Mai 2014 im Grundbuch eingetragen.

Versteigerungstermin: **Donnerstag, den 9. Oktober 2014, 10.00 Uhr**, in Neuwied, Amtsgerichtsgebäude, Hermannstraße 39, Saal 125.

Weitere Informationen sind im Internet unter www.versteigerungspool.de zu finden.

Neuwied, den 29. Juli 2014

- 13 K 28/14 - Das Amtsgericht

4011.

Der nachstehend bezeichnete Grundbesitz soll durch Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Grundbuch von Oberbieber Blatt 3065 BV-Nr. 1 Flur 2 Nr. 432/129, Holzung, In der Scheidheck, 715 qm; BV-Nr. 2 Flur 20 Nr. 39, Ackerland, Mitten auf dem Kreuzberg, 1875 qm; BV-Nr. 3 Flur 20 Nr. 40, Ackerland, Mitten auf dem Kreuzberg, 780 qm. Es handelt sich um Landwirtschaftsflächen. Festgesetzter Verkehrswert (§ 74 a Abs. 5 ZVG): BV-Nr. 1 auf 1787,50 EUR; BV-Nr. 2 auf 4687,50 EUR; BV-Nr. 3 auf 1950,- EUR.

Der Zwangsversteigerungsvermerk wurde am 12. Mai 2014 im Grundbuch eingetragen.

Versteigerungstermin: **Montag, den 27. Oktober 2014, 10.00 Uhr**, Saal 120, 1. Stock, Amtsgericht Neuwied, Hermannstraße 39, 56564 Neuwied.

Weitere Informationen sind im Internet unter www.versteigerungspool.de zu finden.

Neuwied, den 28. Juli 2014

- 13 K 39/14 - Das Amtsgericht

4012.

Im Wege der Zwangsvollstreckung Grundbuch von Imsbach Blatt 494 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Dienstag, dem 4. November 2014, um 14.30 Uhr**, an der Gerichtsstelle, Kreuznacher Straße 37, 67806 Rockenhausen, Sitzungssaal 1, versteigert werden.

Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 1 Gemarkung Imsbach Flurstück 730/6, Gebäude- und Freifläche, Gienanthstraße, zu 380 m². Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 1 ZVG: Grundstück: 51.200,- EUR. Lt. vorliegendem Verkehrswertgutachten ist das Grundstück mit einer im Außenbereich gelegenen, zweigeschossigen (tlw.) Gewerbehalle (ehemalige Werkstatt) mit Büro-/Sozialtrakt mit einer Nutzfläche von ca. 140 m² bebaut.

Beschlagnahme: 23. Dezember 2013.

Nähere Informationen unter www.immobilienspool.de.

Rockenhausen, den 21. Juli 2014

- 1 K 92/13 - Das Amtsgericht

4013.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Eisenberg Blatt 4442 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Dienstag, dem 28. Oktober 2014, um 13.30 Uhr**, im Amtsgericht Rockenhausen, Kreuznacher Straße 37, 67806 Rockenhausen, Erdgeschoss, Sitzungssaal 1, versteigert werden.

2 Eisenberg Fl.St. 1968/32, Gebäude- und Freifläche, Siemensstraße, 3772 m². Die Hausnummer lautet: Siemensstraße 6. Verkehrswert gemäß §§ 74 a, 64 ZVG: Grundstück: 773.000,- EUR; Zubehör: 45.125,- EUR; insgesamt: 818.125,- EUR. Gemäß Gutachten handelt es sich um ein gewerblich genutztes Grundstück, unterteilt in ein separates Bürogebäude, ein Werkstattgebäude mit Mannschafts- und Besprechungsraum, Produktionshallen und Lagerhallen verschiedener Ausstattungsstandards, 6 Reihengaragen und 12 Stellplätzen.

Beschlagnahme: 17. Oktober 2013.

Nähere Informationen unter www.versteigerungspool.de ca. 4 Wochen vor dem Versteigerungstermin.

Rockenhausen, den 20. Juni 2014

- 2 K 73/13 - Das Amtsgericht

4014.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Spessart Blatt 1619 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Mittwoch, dem 8. Oktober 2014, um 14.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Sinzig, Barbarossastraße 21, Saal 23, versteigert werden.

Spessart Flur 20 Nr. 115/1, Gebäude- und Freifläche, Ringstraße, 173 qm. Verkehrswert gemäß § 74 a V ZVG: 70.500,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 15. April 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Gemäß Gutachten handelt es sich um ein mit einem Wohngebäude bebautes Grundstück. Der Zuschlag kann aus den Gründen der §§ 74 a, 85 a ZVG nicht mehr versagt werden.

Sinzig, den 29. Juli 2014

- 6 K 11/13 - Das Amtsgericht

4015.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Kaub Blatt 1672 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz lfd. Nr. 1 Flur 22 Flurstück 186/1, Gebäude- und Freifläche, Auf der Mauer, Größe: 103 qm; lfd. Nr. 2 Flur 22 Flurstück 184/1, Gebäude- und Freifläche, Auf der Mauer, Größe: 68 qm; **am Freitag, dem 31. Oktober 2014, 11.00 Uhr**, Sitzungssaal 118 (1. OG) im Gerichtsgebäude, Bismarckweg 3 - 4, versteigert werden.

Die beiden Grundstücke sind mit einem Wohnhaus mit Anbau und Garage sowie Teilen der Stadtmauer bebaut. Die eindeutige Trennung und Zuordnung von Gebäudeteilen zu einem der Grundstücke ist nicht möglich, es handelt sich insoweit bei den beiden Grundstücken um eine wirtschaftliche Einheit. Die Stadtmauer steht unter Denkmalschutz und die Eigentümer sind für die Erhaltung und Unterhaltung verantwortlich unter Beachtung des Denkmalschutzgesetzes. Es besteht ein Unterhaltungsschaden sowie vermutlich die Gefahr von Grundwasser- bzw. Hochwasserschäden. Festgesetzter Verkehrswert (§§ 74 a Abs. 5, 85 a Abs. 2 ZVG): Flurstück 186/1: 36.000,- EUR; Flurstück 184/1: 24.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Februar 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Die 5/10- bzw. 7/10-Grenzen der §§ 85 a, 74 a ZVG bestehen in diesem Termin nicht mehr.

St. Goar, den 14. Juli 2014

- 1 K 9/13 - Das Amtsgericht

4016.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Wiebelsheim Blatt 891 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz lfd. Nr. 7 Flur 11 Flurstück 44/5, Gebäude- und Freifläche, Nackweg 6A, Größe 727 qm; lfd. Nr. 7 Flur 11 Flurstück 44/6, Gebäude- und Freifläche, Nackweg 6, Größe 514 qm; **am Montag, dem 27. Oktober 2014, 14.00 Uhr**, Sitzungssaal 115 (1. OG), im Gerichtsgebäude, Bismarckweg 3 - 4, versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem Einfamilienhaus (Neubau 1999, fast komplett unterkellert) und einem älteren Wohnhaus mit Scheunenanbau (Baujahr unbekannt, Zustand: sehr einfach, stark vernachlässigt). Festgesetzter Verkehrswert (§§ 74 a Abs. 5, 85 a Abs. 2 ZVG): 191.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. Juli 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

St. Goar, den 14. Juli 2014

- 1 K 27/13 - Das Amtsgericht

4017.

Zur Aufhebung der Gemeinschaft soll der im Grundbuch von Emmelshausen Blatt 730 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz lfd. Nr. 1 Flur 20 Flurstück 5, Landwirtschaftsfläche, am Flürchen, Größe: 6843 qm; **am Freitag, dem 7. November 2014, 10.00 Uhr**, Sitzungssaal 118 (1. OG) im Gerichtsgebäude, Bismarckweg 3 - 4, versteigert werden.

Es handelt sich um eine landwirtschaftliche Fläche. Festgesetzter Verkehrswert (§§ 74 a Abs. 5, 85 a Abs. 2 ZVG): 4790,10 EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 22. August 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

St. Goar, den 26. Juni 2014

- 1 K 29/13 - Das Amtsgericht

4018.

Zur Aufhebung der Gemeinschaft soll der im Grundbuch von Emmelshausen Blatt 740 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz lfd. Nr. 1 Flur 16 Flurstück 47, Landwirtschaftsfläche, In der Weidenborn Anwend, Größe: 10.780 qm; lfd. Nr. 8 Flur 18 Flurstück 13, Landwirtschaftsfläche, Am Gäschen, Größe: 470 qm; lfd. Nr. 9 Flur 18 Flurstück 14, Landwirtschaftsfläche, Am Gäschen, Größe: 560 qm; lfd. Nr. 10 Flur 15 Flurstück 89, Landwirtschaftsfläche, Im Fockenbachsberg, Größe: 4710 qm; lfd. Nr. 11 Flur 16 Flurstück 17, Waldfläche, Auf dem Klopp, Größe: 2736 qm; lfd. Nr. 12 Flur 16 Flurstück 48, Landwirtschaftsfläche, In der Weidenborn Anwend, Größe: 4048 qm; lfd. Nr. 13 Flur 20 Flurstück 63, Landwirtschaftsfläche, Hinter der Struth, Größe: 7038 qm; **am Freitag, dem 7. November 2014, 10.00 Uhr**, Sitzungssaal 118 (1. OG) im Gerichtsgebäude, Bismarckweg 3 - 4, versteigert werden.

Festgesetzter Verkehrswert (§§ 74 a Abs. 5, 85 a Abs. 2 ZVG): lfd. Nr. 1 Flur 16 Flurstück 47: 7546,- EUR; lfd. Nr. 8 Flur 18 Flurstück 13: 329,- EUR; lfd. Nr. 9 Flur 18 Flurstück 14:

392,- EUR; lfd.Nr. 10 Flur 15 Flurstück 89: 3297,- EUR; lfd.Nr. 11 Flur 16 Flurstück 17: 820,80 EUR; lfd.Nr. 12 Flur 16 Flurstück 48: 2833,60 EUR; lfd.Nr. 13 Flur 20 Flurstück 63: 4926,60 EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 26. August 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

St. Goar, den 26. Juni 2014

- 1 K 30/13 -

Das Amtsgericht

4019.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Paschel Blatt 708 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Mittwoch, dem 19. November 2014, 14.30 Uhr**, an der Gerichtsstelle Trier, Justizstraße 2, 4, 6, Saal 56, versteigert werden.

Paschel Blatt 708: Gemarkung Paschel BV.-Nr. 3) Flur 2 Nr. 128/6, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Trierer Straße 7, 26,37 Ar (Hofstelle). Der Verkehrswert ist gemäß § 74 a ZVG auf 164.500,- EUR festgesetzt. In einem früheren Versteigerungstermin wurde der Zuschlag wegen Nichterreichens der 5/10-Grenze versagt, § 85 a ZVG.

Der Versteigerungsvermerk ist am 26. Januar 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Trier, den 17. Juli 2014

- 23 K 176/10 -

Das Amtsgericht

4020.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Berglicht Blatt 1198 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Donnerstag, dem 11. Dezember 2014, 8.30 Uhr**, an der Gerichtsstelle Trier, Justizstraße 2, 4, 6, Saal 56, versteigert werden.

Gemarkung Berglicht Flur 6 Nr. 36/2, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 7, 10,53 Ar. Der Verkehrswert ist gemäß § 74 a ZVG auf 68.500,- EUR festgesetzt.

Der Versteigerungsvermerk ist am 14. April 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Trier, den 28. Juli 2014

- 23 K 53/12 -

Das Amtsgericht

4021.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Mannebach Blatt 1156 eingetragenen, nachstehend bezeichneten Grundstücke **am Donnerstag, dem 20. November 2014, 15.30 Uhr**, an der Gerichtsstelle Trier, Justizstraße 2, 4, 6, Saal 56, versteigert werden.

Gemarkung Mannebach BV Nr. 1) Flur 5 Nr. 3, Verkehrsfläche, Schneiders Bungert, 0,09 Ar (90,- EUR); BV Nr. 2) Flur 5 Nr. 240/1, Gebäude- und Freifläche, Nitteler Straße 15, 4,64 Ar (94.710,- EUR) (Doppelhaus, einseitig angebaut, Garage; 223 qm Wfl.). Bei den in Klammern angegebenen Beträgen handelt es sich um die gemäß § 74 a ZVG festgesetzten Verkehrswerte.

Der Versteigerungsvermerk ist am 8. Mai 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Trier, den 29. Juli 2014

- 23 K 48/13 -

Das Amtsgericht

4022.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Godendorf Blatt 904 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Donnerstag, dem**

27. November 2014, 14.30 Uhr, an der Gerichtsstelle Trier, Justizstraße 2, 4, 6, Saal 56, versteigert werden.

Gemarkung Godendorf Blatt 904 BV-Nr. 1: Flur 8 Nr. 29/3, Gebäude- und Freifläche, Erholungsfläche, Breitenweg 15, 11,97 Ar (Ein- bis Dreiparteianwesen: 204 qm Wohnfl.; 1197 qm Grdst.). Der Verkehrswert ist gemäß § 74 a ZVG auf 280.000,- EUR festgesetzt.

Der Versteigerungsvermerk ist am 22. Januar 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Trier, den 25. Juli 2014

- 23 K 143/13 -

Das Amtsgericht

4023.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Wincheringen Blatt 4057 eingetragenen, nachstehend bezeichneten Grundstücke **am Mittwoch, dem 1. Oktober 2014, 14.30 Uhr**, an der Gerichtsstelle Trier, Justizstraße 2, 4, 6, Saal 56, versteigert werden.

Gemarkung Wincheringen: BV-Nr. 1 Flur 6 Nr. 109/3, Gebäude- und Freifläche, Reiterstraße 30, 0,02 Ar (1000,- EUR); BV-Nr. 2 Flur 6 Nr. 110, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Reiterstraße 30, 39,10 Ar (123.000,- EUR). (Wohnhaus mit Garage; ehem. landwirtschaftliche Hofstelle). Bei den in Klammern gesetzten Beträgen handelt es sich um die nach § 74 a festgesetzten Verkehrswerte.

Der Versteigerungsvermerk ist am 18. Februar 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Trier, den 31. Juli 2014

- 23 K 4/14 -

Das Amtsgericht

4024.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Dreifelden Blatt 504 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Donnerstag, dem 11. September 2014, 9.30 Uhr**, an der Gerichtsstelle Westerbürg, Wörthstraße 14, Saal 1, versteigert werden.

Gemarkung: Dreifelden lfd. Nr. 1 Flur 1 Nr. 168, Gebäude- und Freifläche, Wiedbachstraße 10, 1160 qm. Nach dem Gutachten ist das Grundstück mit einer Frühstückspension (wird nicht mehr ausgeübt) mit 2 Wohneinheiten bebaut. Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sind erforderlich.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Verkehrswert: 171.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 12. Juni 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerbürg, den 30. Juli 2014

- 11 K 90/13 -

Das Amtsgericht

4025.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungsgrundbuch von Wahlrod Blatt 1415 eingetragene Miteigentumsanteil von 48/100 an dem nachstehend bezeichneten Grundbesitz **am Donnerstag, dem 2. Oktober 2014, 9.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Westerbürg, Wörthstraße 14, Saal 1, versteigert werden.

Gemarkung: Wahlrod lfd. Nr. 1 Flur 32 Nr. 3072/6, Gebäude- und Freifläche, Hofstraße 2, 1462 qm; verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Aufteilungsplan mit Nr. 4 bezeichnet. 4-Zimmerwohnung mit Doppelgarage in einem Anbau

an einem Wohnhaus (ca. 156 qm Wohnfläche inkl. Terrassenanteil).

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Verkehrswert: 119.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 3. September 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerbürg, den 30. Juli 2014

- 11 K 120/13 -

Das Amtsgericht

4026.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungsgrundbuch von Bellingen Blatt 914 eingetragene Miteigentumsanteil von 1/2 an dem nachstehend bezeichneten Grundbesitz **am Donnerstag, dem 2. Oktober 2014, 10.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Westerbürg, Wörthstraße 14, Saal 1, versteigert werden.

Gemarkung: Bellingen lfd. Nr. 1 Flur 22 Nr. 239, Gebäude- und Freifläche, Am Sportplatz 4, 561 qm; verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung der Doppelhaushälfte sowie einer Garage im Aufteilungsplan mit Nr. 1 bezeichnet und dem Sondernutzungsrecht an der Gartenfläche Nr. 1 rot schraffiert.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Verkehrswert: 89.500,- EUR. In einem Vortermin wurde der Zuschlag gemäß § 74 a ZVG versagt.

Der Versteigerungsvermerk ist am 26. September 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerbürg, den 30. Juli 2014

- 11 K 125/13 -

Das Amtsgericht

4027.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Gemünden Blatt 1740 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Donnerstag, dem 9. Oktober 2014, 9.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Westerbürg, Wörthstraße 14, Saal 1, versteigert werden.

Gemarkung: Gemünden lfd. Nr. 1 Flur 2 Nr. 161, Gebäude- und Freifläche, Stiftsweg 6, 302 qm. Nach dem Gutachten ist das Grundstück mit einem zweigeschossigen Ein- bis Zweifamilienhaus mit integrierter Garage bebaut; unterkellert; Dachgeschoss ausgebaut.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Verkehrswert: 122.000,- EUR. In einem Vortermin wurde der Zuschlag gemäß § 85 a ZVG versagt.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. November 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerbürg, den 30. Juli 2014

- 11 K 155/13 -

Das Amtsgericht

4028.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Salz Blatt 1046 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Dienstag, dem 23. September 2014, 10.15 Uhr**, an der Gerichtsstelle Westerbürg, Wörthstraße 14, Saal 1, versteigert werden.

Gemarkung: Salz lfd. Nr. 1 Flur 1 Nr. 139, Gebäude- und Freifläche, Adelphusweg 10, 231 m². Einfamilienwohnhaus.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Verkehrswert: 48.700,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 26. Februar 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 4. August 2014

- 12 K 28/13 - Das Amtsgericht

4029.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Neunkirchen (Westerwald) Blatt 814 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Mittwoch, dem 24. September 2014, 10.30 Uhr**, an der Gerichtsstelle Westerburg, Wörthstraße 14, Saal 1, versteigert werden.

Gemarkung: Neunkirchen (Westerwald) lfd. Nr. 3 Flur 40 Nr. 12/3, Gebäude- und Freifläche, Vor dem Löh 14, 1122 m². Das Grundstück ist mit einer ehemaligen Gastwirtschaft mit Inhaberwohnung und baulichen Nebenanlagen bebaut.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Verkehrswert: 190.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 4. November 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 29. Juli 2014

- 13 K 147/13 - Das Amtsgericht

4030.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbesitz von Westernohe Blatt 1275 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Mittwoch, dem 24. September 2014, 9.45 Uhr**, an der Gerichtsstelle Westerburg, Wörthstraße 14, Saal 1, versteigert werden.

Gemarkung: Westernohe lfd. Nr. 1 Flur 27 Nr. 149, Gebäude- und Freifläche, Bachweg 3, 1385 m². Das Grundstück ist mit einem teilunterkellerten freistehenden eingeschossigen Einfamilienwalmdachbungalow mit integrierter Kellergarage und nicht ausgebautem Dachgeschoss bebaut (Wohnfläche: 120,90 m²). Die Liegenschaft hat erhebliche Mängel und Schäden. Das Hausinnere ist verwahrlost.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Verkehrswert: 79.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 13. Dezember 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 29. Juli 2014

- 13 K 159/13 - Das Amtsgericht

4031.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Zinhain Blatt 575 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Dienstag, dem 30. September 2014, 9.30 Uhr**, an der Gerichtsstelle Westerburg, Wörthstraße 14, Saal 1, versteigert werden.

Gemarkung: Zinhain lfd. Nr. 1 Flur 7 Nr. 46, Gebäude- und Freifläche, Hardter Straße 2, 962 m². Gebäudekomplex Lagerge-

bäude, Zweifamilienwohnhaus, Bürogebäude und Werkstatt.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Verkehrswert: 62.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 3. Februar 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 4. August 2014

- 12 K 12/14 - Das Amtsgericht

4032.

Im Wege der Zwangsversteigerung zur Aufhebung einer Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Abenheim Blatt 3472 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Freitag, dem 10. Oktober 2014, 10.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Worms, Hardtgasse Nr. 6, Zimmer Nr. 320, 3. Stock, versteigert werden.

Lfd. Nr. 1 Gemarkung Abenheim Flur 2 Nr. 109, Gebäude- und Freifläche, Amttorstraße 11, 384 qm. Der Verkehrswert des Grundstücks wurde gemäß § 74 a V ZVG auf 119.000,- EUR festgesetzt. Laut dem zugrundeliegenden Sachverständigengutachten ist das Grundstück mit einem freistehenden, unterkellerten, eingeschossigen Einfamilienwohnhaus mit ausgebautem Dachgeschoss sowie einem Nebengebäude (Schuppen, als Werkstatt genutzt) und einer Garage bebaut (Baujahr 1958, ab 1985 diverse Modernisierungen, Gesamtwohnfläche ca. 120 qm).

Der Versteigerungsvermerk ist am 8. März 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Worms, den 30. Juli 2014

- 16 K 11/2013 - Das Amtsgericht

4033.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Dittelsheim Blatt 2583 eingetragene, nachstehend bezeichnete Wohnungseigentum **am Mittwoch, dem 1. Oktober 2014, 14.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Worms, Hardtgasse Nr. 6, Zimmer Nr. 320, 3. Stock, versteigert werden.

180,35/1000-Miteigentumsanteil an dem Grundstück der Gemarkung Dittelsheim Flur 1 Nr. 303/5, Gebäude- und Freifläche, Bismarckstraße 10, 853 qm; verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen der Wohnung im Erd- und Obergeschoss, nebst einem Balkon im Obergeschoss sowie einem Abstellraum im Erdgeschoss - und dem über der Wohnung liegenden Spitzboden, Nr. 1 laut Aufteilungsplan. Sondernutzungsrecht ist vereinbart. Der Verkehrswert des Wohnungseigentums wurde gemäß § 74 a V ZVG auf 39.000,- EUR festgesetzt. Laut dem zugrundeliegenden Sachverständigengutachten hat die Wohnung eine Wohnfläche von ca. 105 qm und befindet sich in einem zweigeschossigen Mehrfamilienwohnhaus nach Umbau und Ausbau eines ehemaligen landwirtschaftlichen Hofgutes, nicht unterkellert, Dachgeschoss teilweise ausgebaut (Vierseithof, langgestrecktes spätklassizistisches Wohnhaus, Ursprungsbaujahr ca. 1851, es besteht Denkmalschutz). Die Eigentümergemeinschaft besteht aus insgesamt acht Einheiten.

Der Versteigerungsvermerk ist am 3. April 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Worms, den 31. Juli 2014

- 16 K 12/2013 - Das Amtsgericht

4034.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Bechhofen Blatt 609 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Mittwoch, dem 12. November 2014, 15.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Herzogstraße 2, 66482 Zweibrücken, Sitzungssaal 3, versteigert werden.

Gemarkung Bechhofen BV-Nr. 5 Flst. Nr. 1712/3, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 41, zu 231 m².

Der Versteigerungsvermerk ist am 5. November 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Verkehrswert wurde festgesetzt auf: 50.000,- EUR.

Weitere Informationen sind im Internet unter www.versteigerungspool.de zu finden.

Zweibrücken, den 1. Juli 2014

- K 43/12 - Das Amtsgericht

4035.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Kleinsteinhausen Blatt 947 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Mittwoch, dem 29. Oktober 2014, 15.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Herzogstraße 2, 66482 Zweibrücken, Sitzungssaal 3, versteigert werden.

BV-Nr.: 1 Gemarkung Kleinsteinhausen Flst. Nr. 79, Gebäude- und Freifläche, Großsteinhauser Straße 2, zu 419 m².

Der Versteigerungsvermerk ist am 14. Oktober 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Verkehrswert wurde festgesetzt auf: 42.000,- EUR.

Weitere Informationen sind im Internet unter www.versteigerungspool.de zu finden.

Zweibrücken, den 1. Juli 2014

- K 81/13 - Das Amtsgericht

4036.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Bechhofen Blatt 747 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Mittwoch, dem 19. November 2014, 15.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Herzogstraße 2, 66482 Zweibrücken, Sitzungssaal 3, versteigert werden.

BV-Nr.: 4 Gemarkung Bechhofen Flst. Nr. 1660/5, Gebäude- und Freifläche, Friedhofstraße 16, zu 168 m².

Der Versteigerungsvermerk ist am 3. Dezember 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Verkehrswert wurde festgesetzt auf: 60.000,- EUR.

Weitere Informationen sind im Internet unter www.versteigerungspool.de zu finden.

Zweibrücken, den 1. Juli 2014

- K 85/13 - Das Amtsgericht

Staatsanzeiger
für das Land Rheinland-Pfalz

G 6436

Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Postfach 3880, 55028 Mainz
